

Bundesarbeitsgemeinschaft
kommunaler Frauenbüros & Gleichstellungsstellen

DOKUMENTATION LÄNDLICHE RÄUME IM WANDEL

Impulse für eine sozial-ökologische
Transformation

23.-24.06.2025 in Weißenfels





Vorwort

Silke Tamm-Kanj - Bundessprecherin der BAG kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen, zuständig für den Bereich Ländliche Räume

„Ländliche Räume im Wandel: Impulse für eine sozialökologische Transformation“ – unter diesem Titel fand die diesjährige Fachkonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG) in Weißenfels statt. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie gleichstellungspolitische Perspektiven in den sozial-ökologischen Wandel ländlicher Regionen integriert werden können.

Organisiert wurde die Konferenz von der BAG-Arbeitsgruppe „Ländliche Räume“. Ihr gehören die Bundessprecherinnen Katja Henze, Konstanze Morgenroth, Silke Tamm-Kanj, Sahra-Shirin Vafai, Anja Wirkner sowie von Seiten der BAG-Geschäftsstelle die Fachreferentin Sira Eberlin an. Seit 2017 bildet der Themenbereich „Ländliche Räume“ einen besonderen Schwerpunkt in der Arbeit der BAG – und das aus gutem Grund: Rund 90 % der Fläche Deutschlands besteht aus ländlichen Räumen. Die Gleichstellung und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern steht hier unter besonderen Vorzeichen – geprägt von unzureichender Infrastruktur, eingeschränkter Mobilität, tradierten Rollenbildern und oftmals unzureichend ausgestatteten kommunalen Gleichstellungsstellen. Ihr Auftrag besteht darin, auf kommunaler Ebene gemeinsam mit vielfältigen Akteur*innen dafür zu sorgen, dass die strukturelle Benachteiligung von Frauen in den Kommunalverwaltungen und in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird und geeignete Maßnahmen entwickelt und ergriffen werden, um die Voraussetzungen für ein gleichberechtigtes Leben zu schaffen. Sie sind oft der Motor für Gleichstellungspolitik in ihren Kommunen, setzen sich für eine geschlechtersensible Daseinsvorsorge ein und werden dadurch zu Regionalentwicklerinnen. Sie machen deutlich: fehlende Betreuung, traditionelle Rollenbilder und Haus- und Sorgearbeit sind nicht nur „Frauenthemen“, sondern gesamtgesellschaftliche Aufgaben.

Die BAG hat sich zum Ziel gesetzt die Gleichstellungsarbeit in ländlichen Räumen zu stärken. Aus diesem Grund hat sie zu diesem Thema die Studie „Gleichstellung als Regionalentwicklung. Zur Situation der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in ländlichen Räumen Deutschlands“ herausgebracht sowie die Politikempfehlungen „Gleichwertige und geschlechtergerechte Lebensverhältnisse“ entwickelt.

Aufbauend auf dem 4. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, der zentrale Impulse für eine geschlechtergerechte sozial-ökologische Transformation liefert, haben wir mit dieser Konferenz den Blick gezielt auf die Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten im ländlichen Raum gerichtet. Inhaltlich widmete sich die Konferenz der Frage, wie Gleichstellung im Kontext des sozial-ökologischen Wandels in ländlichen Regionen stärker verankert werden kann. Sie fand in Weißenfels statt, einem Ort, der für strukturellen Wandel steht und an dem die Frage nach Frauenförderung und gleichberechtigter Teilhabe aller Geschlechter mit besonderer Dringlichkeit gestellt werden muss, um den Wandel vor Ort gerecht und zukunftsfähig zu gestalten.



Besonders freut es uns, dass wir rund 70 Teilnehmende aus Politik, Wissenschaft und Verwaltung, darunter 50 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus dem gesamten Bundesgebiet, begrüßen durften. Die Diskussionen, Fachimpulse und Praxisbeispiele haben verdeutlicht, wie wichtig und wirksam kommunale Gleichstellungsarbeit für eine sozial gerechte Transformation ist – und wie viel Potenzial in interdisziplinärer Zusammenarbeit steckt.

Im Namen der BAG bedanke ich mich bei unserer Kollegin Katja Henze, die als Bundessprecherin die Durchführung der Konferenz am Standort Weißenfels ermöglicht und mit viel Engagement begleitet hat.

Wir danken dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für ihren Beitrag zur Konferenz und die finanzielle Förderung sowie der Bundesstiftung Gleichstellung für die Unterstützung.

Ebenso danken wir allen, die mit Grußworten und Impulsen zur Eröffnung beigetragen haben, den Referent*innen für ihre fundierten Impulse, Katja Hofmann für die kompetente und lebendige Moderation, sowie Franziska Hempel, die die Konferenz professionell über unsere Social-Media-Kanäle begleitet und dokumentiert hat. Außerdem danken wir allen Teilnehmenden für ihre engagierte Mitwirkung, den kollegialen Austausch und die fachliche Tiefe, die diese Konferenz geprägt haben.

Ein besonderer Dank geht an das Team des inklusiven Hotels Schumanns Garten, das mit großer Professionalität, Herzlichkeit und Gastfreundschaft für einen gelungenen Rahmen gesorgt hat.



v.l.n.r. Sira Eberlin
(Referentin Ländliche
Räume), Silke Tamm Kanj
(Bundessprecherin),
Franziska Hempel
(Mitarbeiterin für digitale
Kommunikation), Sahra-
Schirin Vafai
(Bundessprecherin), Katja
Henze (Bundessprecherin)
und Konstanze Morgenroth
(Bundessprecherin)



Grußwort von Katja Henze

Gleichstellungsbeauftragte Stadt Weißenfels

Bundesprecherin der BAG

Sehr geehrte Frau Wunderlich vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Leiterin der Abteilung Gleichstellung, sehr geehrte Frau Manukjan vom Bundesministerium für landwirtschaftliche Entwicklung und Heimat, Leiterin des Referats 815 Zivilgesellschaft in ländlichen Räumen, ich begrüße die Mitglieder des Landtags Elke Simon-Kuch und Maximilian Gludau, unsere Landesbeauftragte für Frauen- und Gleichstellungspolitik Sarah Schulze, vom Präsidium des Deutschen Landfrauenverband Claudia Nielsen, die Geschäftsführerin des Landesfrauenrats Sachsen-Anhalt Friederike Ewald, und unsere heutige Hauptrednerin Dr. Ulrike Spangenberg, Leiterin des Bereichs Gleichstellung bei der Bundesstiftung Gleichstellung, liebe Kolleginnen, sehr geehrte Anwesende,

ich freue mich sehr, Sie heute hier in Weißenfels begrüßen zu dürfen. Hier – in meiner Stadt, meiner Region, meinem Wirkungsfeld. Ich spreche heute in zwei Rollen zu Ihnen: als kommunale Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Weißenfels und als Sprecherin unserer Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsstellen – kurz BAG.

Es ist ein besonderer Moment für mich. Denn: Dass wir uns heute genau hier versammeln in einer ländlich geprägten Region mitten im Wandel das ist nicht zufällig. Ländliche Räume sind Schlüsselräume! 91% der Bundesrepublik sind ländliche Räume und 57 % der Bevölkerung lebt in ihnen. Unser Konferenzthema trägt es im Titel: „Ländliche Räume im Wandel – Impulse für eine sozial-ökologische Transformation.“

Wir alle wissen: Der Wandel ist längst da. Klimakrise. Energiearmut. Mobilitätslücken. Alterung. Digitalisierung. Pflegeengpässe. Diese Entwicklungen treffen nicht irgendwann und irgendwo sie treffen jetzt. Und hier. Auf uns. Und sie treffen Menschen nicht gleich. Frauen – besonders in ländlichen Räumen – sind hiervon überproportional betroffen. Gleichstellung ist deshalb kein Beiwerk – sie ist Bedingung. Der 4. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung bringt es auf den Punkt: Wenn wir Transformation wollen, dann brauchen wir Gleichstellung – nicht danach, sondern mittendrin. Er sagt ganz klar: Technik allein macht keine Gerechtigkeit. Strukturelle Veränderungen brauchen ebenso soziale Perspektiven. Gleichstellung muss in jede Planung hineingedacht werden.

Und genau das ist unser Auftrag – unser kommunaler Beitrag zur Transformation. Und Weißenfels? Weißenfels ist ein Beispiel für Herausforderungen – und für Mut. Weißenfels liegt im Süden Sachsen-Anhalts. Eine Stadt zwischen Tradition und Aufbruch.



Wir sind geprägt vom Strukturwandel – von wirtschaftlichen Umbrüchen, von demografischen Veränderungen. Aber auch von starken Frauen, von pflegenden Angehörigen, von Alleinerziehenden, von Gründerinnen, von Netzwerkerinnen. Von Ehrenamtlichen. Sie halten vieles am Laufen – oft im Stillen. Und oft ohne gesehen zu werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir, die Frauen der BAG, sind bundesweit vernetzt – lokal verankert. Unsere Bundesarbeitsgemeinschaft vertritt ca. 2.000 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte in ganz Deutschland. Wir sind die Stimme für Gleichstellung – dort, wo Politik konkret wird: In Kommunen, in Rathäusern, in Dorfzentren, auf Marktplätzen, in Pflegeeinrichtungen und Schulen. Und wir sagen ganz klar: Gleichstellung darf kein optionales Element kommunaler Planung sein. Sie ist notwendig – für gerechte Mobilität, für zukunftsbeste Energiepolitik, für soziale Daseinsvorsorge, für Teilhabe – für alle.

Deshalb auch diese Konferenz!

Diese will mehr als analysieren. Sie will vernetzen. Inspirieren. Aktivieren. Wir wollen den Dialog: zwischen Fachpolitik und Verwaltung, zwischen Bundesebene und Basis, zwischen Theorie und Praxis. Und wir wollen sichtbar machen: Was wir beitragen. Was wir schon schaffen. Und was wir noch brauchen.

Ich danke Ihnen, liebe Anwesende, dass Sie da sind. Dass Sie zuhören, mitdenken – und vor allem: dass Sie mitgestalten wollen. Ich bin überzeugt: Transformation braucht Haltung. Mut. Und Verbündete. Wir alle – sind heute genau dafür am richtigen Ort. Ich wünsche uns eine erkenntnisreiche, bewegende und kraftvolle Konferenz!

Vielen Dank.





Grußwort von Steve Mämecke

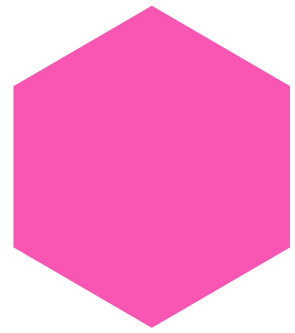
Stellvertretender Oberbürgermeister Stadt Weißenfels

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich begrüße aus Berlin vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend Antje Wunderlich, und vom Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat Elisa Manukjan, ich begrüße auch die Landtagsabgeordneten Elke Simon-Kuch, Rüdiger Erben und Maximilian Gludau, außerdem unsere Landesbeauftragte für Frauen- und Gleichstellungspolitik Sarah Schulze, unsere Stadträtin Ines Veith, vom Deutschen Landfrauenverband Claudia Nielsen, und die Geschäftsführerin des Landesfrauenrats Sachsen-Anhalt Friederike Ewald,

es ist mir eine große Ehre, heute vor Ihnen auf der Konferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros & Gleichstellungsstellen sprechen zu dürfen. Mein Name ist Steve Mämecke und ich bin heute in Stellvertretung unseres Oberbürgermeisters Martin Papke hier, von dem aus ich Sie herzlich grüßen soll.

„Ländliche Räume im Wandel: Impulse für eine sozialökologische Transformation“ lautet das Thema, mit dem Sie sich die kommenden beiden Tage beschäftigen werden. Auch für uns als Stadtverwaltung ist das ein sehr spannendes Thema. Weißenfels gehört im Umfeld von Großstädten wie Leipzig und Halle zum ländlichen Raum. Es ist interessant für uns, mit welchen Mitteln und Strategien wir die Gleichstellungspolitik als zentrales Element bei der nachhaltigen Entwicklung unserer Stadt noch stärker fördern können. Gleichstellung ist dabei kein isoliertes Ziel, sondern eine Querschnittsstrategie für eine zukunftsfähige Entwicklung unserer Stadt. Sie schafft wirtschaftliche Stabilität, stärkt den sozialen Zusammenhalt und macht unsere Region attraktiver für alle Generationen. Ich bin davon überzeugt, dass wir Gleichstellung aktiv gestalten müssen. Wir müssen Bedingungen für Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen schaffen. Nur dann können wir das Potenzial unserer Stadt entfalten. Wenn wir Gleichstellung aktiv fördern, profitieren letztlich alle – unabhängig vom Geschlecht oder Hintergrund – von lebendigen Gemeinden mit Perspektiven für die Zukunft.

Empfehlungen für diesen wichtigen Prozess gibt der Vierte Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, der ja auch bei dieser Konferenz ein zentrales Element sein wird. Ich möchte all dem nicht vorweggreifen, aber auf einen Punkt, der aktuell sowohl gesellschaftlich als auch politisch viel diskutiert wird, möchte ich näher eingehen: die Arbeitsmarktintegration. In der Debatte geht es um die Forderung nach mehr Arbeit. Vor allem Mütter sollen in die Vollzeitbeschäftigung bewegt werden. Nach dem Motto: Ärmel hoch und ranklotzen – ganz nach dem Vorbild der Männer. Möglich werden soll das durch den Ausbau der Kinderbetreuung und durch Prämien für den Wechsel in Vollzeit.



Doch diese Vorstellungen greifen zu kurz. Denn Teilzeit bedeutet keineswegs, dass Frauen auf der faulen Haut liegen. Und es hat auch nichts mit Work-Life-Balance zu tun. Vielmehr arbeitet der Großteil der Frauen schon jetzt in Vollzeit und sogar weit darüber hinaus – nur dass sie für einen großen Teil dieser Arbeitszeit weder Geld noch Wertschätzung erhalten.

Ich spreche von der Sorgearbeit – und das ist neben der Kinderbetreuung eben auch Kochen, Putzen, Wäsche waschen, einkaufen, die Pflege von Familienangehörigen und so vieles mehr. Frauen leisten hier 44% mehr unbezahlte Arbeit als Männer.

Ich spreche aber auch von Mental Load, was ich immer gerne damit übersetze: Eine kümmert sich für alle um alles. Also das ständige Planen, Organisieren und Koordinieren von Alltagsaufgaben – häufig zu Lasten von Frauen. Arzttermine, Elternabende, Einkaufslisten, Geburtstagsgeschenke, To-Do-Listen, passende Kleidung für die Kinder... es ist eine Vielzahl an geöffneten Tabs, mit denen Mütter die ganze Zeit in ihren Köpfen jonglieren müssen, während Väter oft einfach nur auf Arbeitsanweisungen warten.

Auch die emotionale Arbeit wird in Familien fast ausschließlich von Frauen getragen. Sie sorgt dafür, dass sich alle zuhause wohlfühlen, tröstet, reguliert Wutausbrüche der Kinder, hört sich die Probleme aller an, sucht nach Kompromissen bei Konflikten, organisiert romantische Dates mit dem Partner und liest Erziehungsratgeber.

Ich glaube, es wird deutlich: Zusätzliche Kita-Plätze und Prämien ändern nichts daran, dass all diese unbezahlte Arbeit trotzdem erledigt werden muss. Wer mehr Mütter in Vollzeit will, muss deshalb Väter stärker in die Pflicht nehmen.

Unabhängig davon frage ich mich auch, wo bei diesen Forderungen Platz für das Zusammensein bleibt. Kinder möchten Zeit mit ihren Eltern verbringen und sie haben auch ein Recht darauf. Und auch die Eltern genießen diese gemeinsame Zeit. Das sind menschliche Bedürfnisse.

Wie schaffen wir es also als Gesellschaft, dass all dem mehr Beachtung geschenkt wird? Dass Politik und Wirtschaft begreifen, wie Familien wirklich unterstützt werden können und was sich für eine gleichberechtigte Gesellschaft ändern muss? Eine bedeutende Rolle dabei wird die Förderung von Partizipation spielen. Es muss uns gelingen, Frauen und marginalisierte Gruppen stärker in Entscheidungsprozesse einzubinden. Mehr Frauen müssen Entscheidungspositionen einnehmen – in unserem Stadtrat, in unseren Beiräten, in unseren Unternehmen. Wir müssen Wege finden, wie wir die Akteurinnen und Akteure, die mutig vorangehen möchten, fördern können.





Ein wichtiges Bindeglied hierbei sind die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und Frauenbüros. Und an dieser Stelle möchte ich auch mal die Gelegenheit nutzen, mich bei unserer Gleichstellungsbeauftragten Katja Henze zu bedanken. Sie macht einen super Job und dank ihrer Initiative gibt es in Weißenfels erste Angebote zur Förderung von Partizipation.

Ich denke da zum Beispiel an das bundesweite Projekt „Frauen Vielfalt Politik“, welches Frau Henze seit Mai dieses Jahrs sogar als Mitglied des begleitenden Fachbeirats unterstützt. Oder an das Weiterbildungsangebot „Erfolgreiche Kommunikation und Teamführung“, welches sie zusammen mit einer Dozentin aus Weißenfels auf die Beine gestellt hat und das innerhalb weniger Wochen komplett ausgebucht war.

Genau in diese Richtung müssen wir weiterarbeiten. Denn Partizipation schafft nicht nur mehr Gerechtigkeit, sondern führt auch zu besseren Entscheidungen – weil sie vielfältige Perspektiven berücksichtigt. Aber echte Mitbestimmung ist nur durch gezielte Maßnahmen möglich. Lassen Sie uns deshalb die Empfehlungen des Gleichstellungsberichts als Rüstzeug nutzen, um konkrete Projekte und partizipative Formate umzusetzen. Denn nur durch gezielte Gleichstellungspolitik können wir nachhaltige Entwicklung schaffen – gerecht für alle Menschen in unseren Gemeinden.

Abschließend danke ich Ihnen für Ihr Engagement und Ihre Bereitschaft, sich für eine gleichberechtigte Gesellschaft einzusetzen. Gemeinsam können wir viel bewegen – für eine Zukunft, in der ländliche Räume lebenswert, chancengerecht und nachhaltig gestaltet sind.

Vielen Dank!





Grußwort von Antje Wunderlich

Bundesministerium für Bildung, Familie,
Senioren, Frauen und Jugend | Leiterin des Referats
Grundsatzangelegenheiten der Abteilung Gleichstellung

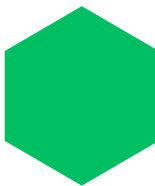


Sehr geehrte Anwesende,

ich bedanke mich herzlich für die Einladung zur heutigen Fachveranstaltung. Es freut mich sehr, dass der Vierte Gleichstellungsbericht der Bundesregierung hier und heute vorgestellt wird und dessen Handlungsempfehlungen diskutiert werden.

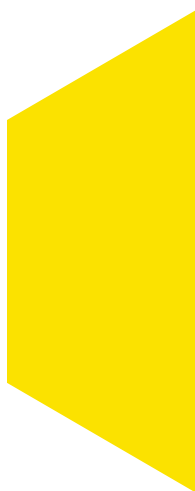
Ich möchte Ihnen zunächst ein paar allgemeine Informationen zu den Gleichstellungsberichten der Bundesregierung geben:

In der 17. Legislaturperiode wurden von Seiten des Deutschen Bundestags als auch von Seiten des Bundesrates Beschlüsse gefasst, die die Bundesregierung auffordern, in jeder Legislaturperiode über den Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland zu berichten. Seit 2011 wurden nunmehr vier Gleichstellungsberichte von der Bundesregierung vorgelegt. Die Gleichstellungsberichte der Bundesregierung setzen sich zusammen aus dem Gutachten einer unabhängigen Sachverständigenkommission und der Stellungnahme der Bundesregierung hierzu. Seit 2021 fungiert die Bundesstiftung Gleichstellung als Geschäftsstelle für die Gleichstellungsberichte.



Der nun vorliegende Vierte Gleichstellungsbericht, der Gegenstand der heutigen Fachveranstaltung ist, ist in zweierlei Hinsicht außergewöhnlich. Zunächst betritt er thematisches Neuland – zumindest für die politische Debatte in Deutschland. Denn Gleichstellung findet in den Diskussionen um die sozial-ökologische Transformation hier bislang noch wenig statt. Insofern war der Berichtsauftrag für die Sachverständigenkommission unter Vorsitz von Prof. Dr. Silke Bothfeld (HS Bremen), die im März 2023 berufen wurde, durchaus ehrgeizig:

- Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels sowie Auswirkungen umwelt- und klimapolitischer Maßnahmen auf Geschlechterverhältnisse darstellen,
- Empfehlungen zur gleichstellungsorientierten Gestaltung der ökologischen Transformation, u. a. unter Berücksichtigung der Teilhabe aller Geschlechter an umwelt- und klimarelevanten Entscheidungen erarbeiten und
- Empfehlungen für Strukturen, Instrumente und institutionelle Mechanismen für eine konsistente Gleichstellungs-, Umwelt- und Klimapolitik entwickeln.





Knapp zwei Jahre hat die Sachverständigenkommission intensiv am Gutachten gearbeitet und dieses im Januar 2025 an die damalige Bundesministerin a.D. Lisa Paus übergeben. Die Inhalte und Handlungsempfehlungen des Sachverständigengutachtens wird Frau Dr. Ulrike Spangenberg, Leiterin der Geschäftsstelle für die Gleichstellungsberichte in der Bundesstiftung Gleichstellung, im Anschluss an die Grußworte ausführlich präsentieren. Am 12. März 2025 wurde der Vierte Gleichstellungsbericht der Bundesregierung im Kabinett verabschiedet – ohne – und das ist die zweite Ausnahme dieses Gleichstellungsberichts – ausführliche Stellungnahme der Bundesregierung, da eine solche wegen des vorgezogenen Wechsels der Legislaturperioden nicht mehr zu erstellen war.

Vor diesem Hintergrund freut es mich, wie gesagt, sehr, dass der Vierte Gleichstellungsbericht mit dieser Fachveranstaltung aufgegriffen wird. Die ländlichen Räume sind ein Schlüssel sowohl für die sozial-ökologische Transformation als auch für die Gleichstellung. Viele der mit der sozial-ökologischen Transformation verbundenen Herausforderungen lassen sich nur vor Ort gestalten, z. B. neue Konzepte der Mobilität oder neue Wohnformen und klimagerechte Stadtgestaltung. Eine gleichstellungsorientierte Gestaltung der notwendigen Transformationsprozesse ist zentral für eine nachhaltige und gerechte Entwicklung. Dafür braucht es Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, dafür braucht es Frauen in den relevanten Gremien und Entscheidungsprozessen, denn politische Repräsentation bestimmt maßgeblich, wessen Perspektiven und Interessen berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich kurz auf das bereits erwähnte Projekt „Frauen.Vielfalt.Politik“ hinweisen, das vom BMBFSFJ gefördert wird und in dessen Fachbeirat auch Frau Katja Henze aktiv ist. Das Projekt reagiert auf zwei Herausforderungen: Strukturelle Hürden für Frauen sowie zunehmende frauenfeindliche und demokratiefeindliche Strömungen. Es ist staatliche Aufgabe, Räume für politische Teilhabe zu sichern. Politische Repräsentation stärkt die gesellschaftliche Resilienz. Ziel des von der EAF Berlin und dem Deutschen LandFrauenverband e.V. durchgeführten Projektes ist daher, die Rahmenbedingungen für kommunalpolitisches Engagement zu verbessern, das Ehrenamt zu stärken und Vielfalt in den Mandaten zu ermöglichen. Das Projekt bietet unter anderem:

- Öffentliche Fachforen,
- spezifische Beratungsangebote für Kommunen,
- Coachings für Bürgermeisterinnen,
- Empowerment-Stammtische.

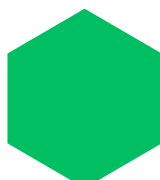
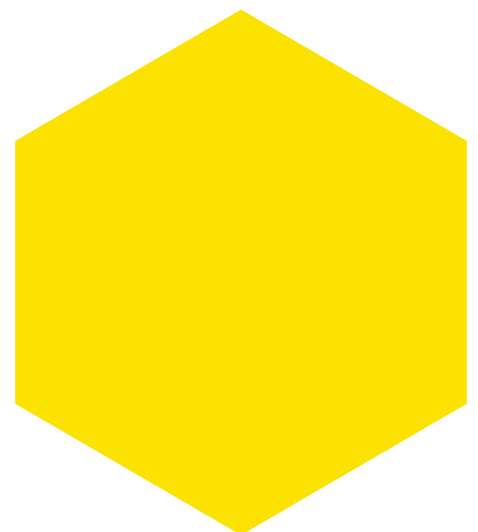
24 LandFrauen sollen zu kommunalpolitischen Multiplikatorinnen ausgebildet werden.

Der aktuelle Koalitionsvertrag sieht darüber hinaus eine Verstetigung des Helene-Weber-Preises vor.



Zurück zum Bericht. Was planen wir dazu? Der Vierte Gleichstellungsbericht wird aktuell und in näherer Zukunft – insbesondere durch das Engagement der Geschäftsstelle bei der Bundesstiftung Gleichstellung – in einer Reihe von Veranstaltungen vorgestellt werden. Wir im BMBFSFJ planen hierzu eine eigene Fachtagung in Berlin am 17. November 2025 durchzuführen – hier schon einmal eine herzliche Einladung an alle Anwesenden, sich dieses Datum vorzumerken. Weitere Informationen werden folgen.

Nun bleibt mir nur noch vielen Dank zu sagen für diese Fachveranstaltung, für Ihr tägliches Engagement!





Grußwort von Sarah Schulze

Landesbeauftragte für Frauen- und Gleichstellungspolitik

Sachsen-Anhalt

Sehr geehrte Veranstalterinnen der BAG,
sehr geehrter Herr Mämecke,
sehr geehrte Frau Wunderlich,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen,

ich danke Ihnen herzlich für die Einladung zur heutigen Konferenz „Ländliche Räume im Wandel“ hier im schönen Weißenfels – im Herzen einer Region, die selbst exemplarisch für den tiefgreifenden Wandel ländlicher Räume steht.

Meine Vorredner*innen haben bereits auf die vielfältigen Umbrüche hingewiesen, in denen sich ländliche Räume heute befinden: durch Strukturwandel, demografische Entwicklungen, Digitalisierung, den Klimawandel und die Transformation unserer Wirtschafts- und Lebensweise.

Gerade hier in den ostdeutschen Bundesländern gehen Umbrüche oft mit gewissen Sorgen oder sogar Ängsten einher, die mit der Unsicherheit des Unbekannten und dem Verlust von Vertrautem zusammenhängen. Doch in diesem Wandel liegt auch eine große Chance – die Chance, gerechtere, widerstandsfähigere und nachhaltigere Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen. Und das gelingt nur, wenn wir auch die Geschlechterperspektive berücksichtigen.

Frauen, insbesondere in ländlichen Regionen, tragen nach wie vor die Hauptlast unbezahlter Sorgearbeit, sie pendeln oft weiter, arbeiten häufiger in prekären Beschäftigungsverhältnissen und haben seltener Zugang zu Entscheidungspositionen. Gleichzeitig sind sie aber auch treibende Kräfte vor Ort – in Vereinen, in sozialen Projekten, in der lokalen Wirtschaft.

In Sachsen-Anhalt – einem Flächenland mit vielen ländlich geprägten Regionen – sehen wir besonders deutlich, wie stark soziale Gerechtigkeit und ökologische Transformation miteinander verwoben sind. Dabei gilt es stets, die besonderen Bedingungen des ländlichen Raums mitzudenken: begrenzte Mobilität, eingeschränkter Zugang zu medizinischer Versorgung, Kinderbetreuung, Bildung, zu beruflichen Chancen und politischer Teilhabe.

Sie – die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten – sind diejenigen, die das tagtäglich vor Ort spüren und gestalten. Ihre Arbeit ist oft unbequem, politisch herausfordernd und dennoch – oder vielmehr gerade deswegen – unentbehrlich. Sie sind diejenigen, die Widersprüche sichtbar machen, Gerechtigkeit einfordern und Veränderungen mitgestalten – gerade dort, wo Strukturen manchmal träge sind.



Deshalb sage ich es ganz deutlich: Gleichstellungspolitik in ländlichen Räumen ist kein Add-on oder Nice to have. Sie ist zentraler Bestandteil jeder nachhaltigen, zukunftsorientierten Regionalentwicklung. Wer Mobilität plant, muss Ihre Expertise einholen. Wer über Gesundheit, Wohnen oder Arbeit im ländlichen Raum spricht, darf Gender nicht ausklammern. Und wer Transformation gestalten will, muss Gleichstellung strukturell mitdenken – in jedem Förderprogramm, in jeder Planung, in jeder Strategie.

Und deshalb braucht es verbindliche Beteiligung, politische Sichtbarkeit und eine verlässliche Ausstattung Ihrer Arbeit – personell wie finanziell.

Der Vierte Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zeigt eindrucksvoll: Gleichstellungspolitik kann und muss aktiv zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen – gerade im ländlichen Raum. Veränderung aber braucht politische Entschlossenheit – und den Mut, Gleichstellung nicht nur als Ziel, sondern als Werkzeug für demokratischen und sozialen Fortschritt zu begreifen.

Deshalb ist die heutige Konferenz so wichtig: Sie bringt uns zusammen, vernetzt Wissen mit Praxis, und macht deutlich, dass wir hier gemeinsam an einer besseren Zukunft arbeiten. Lassen Sie uns diesen Wandel gemeinsam gestalten.

Herzlichen Dank!





Bundesarbeitsgemeinschaft
kommunaler Frauenbüros & Gleichstellungsstellen

Einführung der Vierte Gleichstellungsbericht der Bundesregierung

Dr. Ulrike Spangenberg

Bundesstiftung Gleichstellung

Leitung Gleichstellungsberichte

Juristin und Mediatorin. Sie forscht und berät seit vielen Jahren zu Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitiken – u. a. für Hochschulen, Gewerkschaften, Politik und Verwaltung. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im nationalen, europäischen und internationalen Gleichstellungsrecht mit Fokus auf Steuern, soziale Sicherung, Bildung und Digitalisierung. Sie ist Leiterin der Geschäftsstelle des Vierten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung und lehrt regelmäßig an verschiedenen Hochschulen.



BAG-Tagung Ländliche Räume, Weißenfels, 23. Juni 2025

Gleichstellung in der sozial-ökologischen Transformation

Vierter
Gleichstellungs-
bericht

Dr. Ulrike Spangenberg,
Leitung Bereich Gleichstellungsberichte, Bundesstiftung Gleichstellung

Gleichstellungsberichte der Bundesregierung

Gutachten

Gutachten einer unabhängigen, von der Bundesregierung berufenen Sachverständigenkommission.



Stellungnahme der Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu den im Gutachten formulierten Erkenntnissen und Handlungsempfehlungen.

2011: Neue Wege – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf

2017: Erwerbs-und Sorgearbeit gemeinsam neu gestalten

2021: Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten

Prozess der Gutachtenerstellung



Vom Auftrag bis zur Übergabe





DRITTER GLEICHSTELLUNGSBERICHT

Digitale Kommunen

Themenblatt 14

Dritter Gleichstellungsbericht: Was steckt drin für Kommunen?

Ob Smart City oder Digitalisierung im ländlichen Raum: In ganz Deutschland nutzen Städte, Gemeinden und Kommunen digitale Technologien, um zentrale Aufgaben wie z. B. Energieversorgung, Mobilität und Verwaltung zu verbessern. Hier werden entscheidende Weichen für die digitale Transformation gestellt: sowohl nach außen auf die digitale Infrastruktur der Gemeinden, etwa mit Blick auf Bildung oder Wirtschaftsförderung, als auch nach innen mit Blick auf das eigene Verwaltungshandeln. Wie der Dritte Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zeigt, öffnen diese Transformationen ein Gelegenheitsfenster. Durch die Digitalisierungsprozesse gerät vieles in Bewegung und es besteht die Chance, neue Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sie zu mehr Geschlechtergerechtigkeit führen. Dafür müssen die beiden Querschnittsaufgaben Digitalisierung und Gleichstellung von Anfang an verschränkt gedacht und realisiert werden.

Digitalisierungsstrategien spielen dabei eine zentrale Rolle. Um diese Strategien gleichstellungsorientiert zu gestalten ist es notwendig, die Lebenssituationen und Bedürfnisse der zukünftigen Nutzer*in-

AUS DEM INHALT

- » Kommunale Digitalisierungsstrategien
- » Service für Bürger*innen
- » Perspektiven für Beschäftigte

Klimawandel und Gleichstellung?!



Sendung

Startseite > Wissen > Klima & Umwelt > DWD-Bericht: Klimawandel



Deutscher Wetterdienst

Klimawandel hat "gravierende Folgen" für Deutschland

Stand: 01.04.2025 14:29 Uhr

Hitzewellen, mehr Hochwasser und Dürren in Deutschland: Was früher als extrem galt, ist heute normal, bilanziert der Deutsche Wetterdienst in seinem Bericht zu 2024. Die Experten fordern deutlich mehr Tempo beim Klimaschutz.



Zahl der Dürren nimmt zu

"Wasser ist keine Selbstverständlichkeit mehr"

Stand: 17.06.2025 15:09 Uhr



1 Min



02.07.2024 • 08:37 Uhr

Berufe im Klimawandel

Pflegeheime bei Hitze am Limit

Frauen verursachen 26 Prozent weniger CO₂-Emissionen als Männer

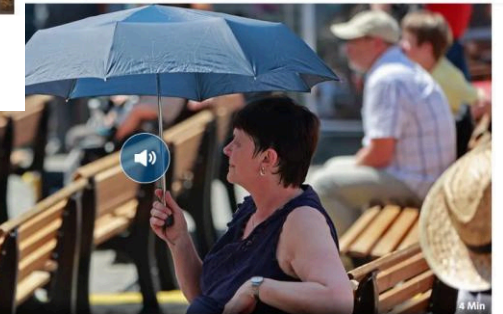
Schaut man auf die größten Treiber von CO₂-Emissionen, Mobilität und Essen, finden sich deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Die Gründe dafür könnten mit männlicher Identität zusammenhängen.

15.05.2025, 08:06 Uhr

4 Min



Hitze-Aktionstag: Gefahren durch immer mehr Hitzewellen



Hitze-Aktionstag

Gefahren durch immer mehr Hitzewellen

Stand: 04.06.2025 05:37 Uhr

Mit dem Klimawandel steigt die Zahl der Hitzetage. Vor allem Alte, Kranke und Schwangere sind gefährdet - aber auch Gesunde können einen Hitzschlag erleiden. Dagegen braucht es Strategien.



Eine Frau läuft über ein vertrocknetes Feld in Simbabwe. | AP

Studie von Greenpeace

Klimawandel verstärkt Migration und Konflikte

Stand: 18.06.2025 04:16 Uhr

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Bundes-Klimaanpassungsgesetzes
(KAnG)

A. Problem und Ziel

Der Klimawandel stellt eine Bedrohung für die gegenwärtigen und künftigen Generationen dar. Trotz ambitionierter Ziele und Maßnahmen zur Minderung der Treibhausgasemissionen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene kann ein Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur gegenüber dem vorindustriellen Niveau nicht mehr vollständig verhindert werden (siehe ausführlicher in der Begründung unter A.I.). Daraus resultieren Gefahren für Leben und Gesundheit, Gesellschaft, Wirtschaft und Infrastruktur sowie für Natur und Ökosysteme. Aus diesem Grund ist es erforderlich, die Anpassungsfähigkeit und Widerstandskraft gegenüber den bereits eingetretenen und künftig zunehmenden graduellen Veränderungen des Klimas und der damit einhergehenden Zunahme von Intensität, Häufigkeit und Dauer von Extremwetterereignissen wie Hitzewellen, Starkregen oder Überflutungen sowie von langsam schleichenden Entwicklungen wie

„ Zu den gleichstellungspolitischen Auswirkungen dieses Gesetzes ist festzuhalten, dass der Klimawandel Frauen und Männer unterschiedlich betrifft. Insofern sollten gleichstellungspolitische Auswirkungen bei der Erstellung von Klimaanpassungsstrategien berücksichtigt werden. Der vorliegende Gesetzentwurf schafft mit seinem Rahmen eine Grundlage für entsprechende Strategien und Konzepte, die eine positive Auswirkung auf die Gleichstellung der Geschlechter haben“

Weitere Gesetzesfolgen, **Gesetzentwurf der Bundesregierung**, BT-Drs. 20/8764, S. 22.

Gleichstellung in der sozial-ökologischen Transformation

Vierter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung



März 2023: Berufung der Sachverständigenkommission



Januar 2025: Übergabe des Gutachtens an die Ministerin



März 2025: Veröffentlichung des Gleichstellungsberichts

Berichtsauftrag des BMFSFJ

Das Gutachten soll insbesondere,

- die **Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels sowie** Auswirkungen **umwelt- und klimapolitischer Maßnahmen** relevanter Politikbereiche **auf Geschlechterverhältnisse darstellen,**
- **Empfehlungen zur gleichstellungsorientierten Gestaltung ökologischen Transformation,** u. a. unter Berücksichtigung der Teilhabe aller Geschlechter an umwelt- und klimarelevanten Entscheidungen erarbeiten und
- **Empfehlungen für Strukturen, Instrumente und Mechanismen** für eine konsistente an Art. 3 Abs. 2 und 3 GG orientierte Gleichstellungs-, Umwelt- und Klimapolitik entwickeln

Handlungsfelder

- Energieerzeugung
- Zirkuläre Wirtschaft
- Landwirtschaft
- Stadt-und Raumentwicklung
- Mobilitäts-und Verkehrsplanung
- Wohnen und Energienutzung
- Ernährung Gesundheit
- Arbeit & Zeit
- Arbeitsmarkt
- Finanzen
- Institutionelle Mechanismen



➡ Klimawandel und (fehlende) Klimapolitiken treffen strukturell benachteiligte Menschen, darunter oft Frauen und Menschen mit geringen Einkommen besonders hart.

- **Gesundheit:** Frauen empfinden Hitzewellen im Vergleich zu Männern als belastender, zudem sterben mehr Frauen als Männer (auch altersbereinigt) aufgrund von Hitze
- **Wohnen und Energienutzung:** Menschen mit geringen Einkommen, darunter alleinlebende und alleinerziehende Frauen wohnen häufiger in energetisch unsanierten Gebäuden; demzufolge sind sie besonders von steigenden Energiekosten und Energiearmut betroffen
- **Ernährung:** Frauen konsumieren im Vergleich zu Männern häufiger nachhaltige Lebensmittel, die oft teurer sind; zudem leisten Frauen doppelt so viel Ernährungsarbeit wie Männer



➔ **Transformationsstrategien, die einseitig auf technik-und industrieorientierte Lösungen setzen, laufen Gefahr, Geschlechterungleichheiten zu verschärfen.**



- **Energieerzeugung:** die für die Energiewende in Deutschland notwendigen Rohstoffe (z.B. seltene Erden) und die Produktion von Grünem Wasserstoff gehen mit ökologischen und sozialen Nachteilen im Globalen Süden einher, diese Auswirkungen treffen besonders strukturell benachteiligte Menschen, darunter oft Frauen und Indigene

- **Mobilität:** Förderung von E-Mobilität, unzureichende Berücksichtigung des öffentlichen Nahverkehrs und den Bedarfen von Menschen, die Sorgearbeit leisten oder wenig verdienen mit der Folge von „Mobilitätsarmut“ oder Zwang zum Auto





Die Gleichstellung der Geschlechter im Zuge des Klimawandels hängt entscheidend von der Gestaltung und den Rahmenbedingungen der Transformation ab. Dabei sind ökologische Ziele sowie soziale und geschlechtsbezogene Ungleichheiten zu berücksichtigen.

➤ **Wohnen und Energienutzung:** Strategien der Dekarbonisierung müssen Energiearmut verhindern, z.B. durch

- einkommensabhängige Entlastungen sowie Förderung von Maßnahmen, die Umstellung auf klimafreundliche und bezahlbare Wärmeversorgung ermöglichen
- Förderung von flächensparendem und bedarfsgerechtem Wohnen (Wohnsuffizienz), z.B. kommunale Beratung zu Optionen der Wohnraumverkleinerung, Verstetigung von Förderprogrammen, die Erwerb und Umbau altersgerechten Wohnens erleichtern und Umzug in kleinere Wohnung ermöglichen



- **Gesundheit:** Klimaresiliente Gesundheitsinfrastruktur, die Prävention in den Mittelpunkt stellt und Zugang zu einer bedarfsgerechten Versorgung ermöglicht
- Z.B. geschlechtergerechte Hitzeaktionspläne als Teil der kommunalen Klimaanpassungskonzepte
 - Niedrigschwelliger Angebote in ländlichen Räumen durch kostenfreie, ortsnahe und gesundheitsfördernde Dienstleistungen, z.B. DORV-Zentren



- **Arbeitsmarkt:** Strukturfördermittel sollen Balance zwischen nachhaltiger Industriepolitik und verlässlichem Angebot im Bereich der Daseinsvorsorge gewährleisten; Regionale Gleichstellungsstrategien, die Veränderungen vor Ort analysieren und steuern





Einhaltung der planetaren Grenzen erfordert grundlegenden Wandel von Lebens-und Wirtschaftsweisen

Geschlechtergerechte Transformationspolitiken müssen drei Ebenen adressieren:

- Alltägliche Lebensweisen (z.B. Ernährung, Konsum, Mobilität)
- Versorgungssysteme (z.B. Energieversorgung, Verkehr, Wohnen)
- Grundlegende Prinzipien und Strukturen gesellschaftlicher Steuerung



Sorge und Suffizienz als zentrale Prinzipien in Klimapolitiken integrieren

- Doppeltes Sorgeverständnis: Sorge für Personen und Sorge für die natürlichen Lebensgrundlagen (planetaren Grenzen), d. h. die reproduktiven Tätigkeiten der Natur
- Suffizienz, d.h. sparsamerer Umgang mit Ressourcen

Verfassungsrechtlicher Auftrag für eine geschlechtergerechte sozial-ökologische Transformation

durch Zusammenspiel von Art. 20a (Klimaneutralität), Art. 3 Abs. 2 (Gleichberechtigung der Geschlechter), Art. 20 Abs. 1 (Sozialstaatsprinzip)



Weichenstellungen für eine geschlechtergerechte sozial-ökologische Transformation: Anknüpfungspunkte auf kommunaler Ebene



- Integration einer Gleichstellungsperspektive in kommunale/ ländliche Klimapolitiken (Kommunale Klimaanpassungskonzepte; Hitzeaktionspläne etc.)
- Gewährleistung einer ausgewogenen Partizipation in Entscheidungsgremien und Beteiligungsverfahren
- Aufbau von gleichstellungsrelevantem Wissen in der Kommune, z.B. bei Klimamanager*innen, Austausch mit Gleichstellungsbeauftragten stärken
- Stärkung einer klimaresilienten Infrastruktur: Mobilität, Gesundheit, dezentrale Energieversorgung...
- Ausreichende Finanzierung der SÖT gewährleisten/ aufgabenorientierter Finanzausgleich

Art. 38 der Europäischen Charta für Gleichstellung: Klimawandel und das Recht auf eine gesunde Umwelt



(1) Die globale Erwärmung, der Verlust der Artenvielfalt und die Umweltverschmutzung bedrohen grundlegende Menschenrechte, wie das Recht auf Leben, Gesundheit und Familie. Die Unterzeichnenden erkennen das Recht auf eine gesunde Umwelt als grundlegendes Menschenrecht an, bei dem die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen berücksichtigt werden müssen.

(2) Die Unterzeichnenden würdigen, dass Lokal- und Regionalregierungen im Kampf gegen Umwelt- und Klimarisiken, insbesondere in Städten, eine wichtige Rolle spielen und dabei die Menschenrechte und eine geschlechtergerechte Politik berücksichtigen müssen. Daher führen die Unterzeichnenden folgende Maßnahmen durch:

- Verbesserte **Sensibilisierung für die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen** im Rahmen der lokalen Politik und Übernahme **nachhaltiger Entwicklungsmodelle, die geschlechtergerechte Lösungen berücksichtigen.**
- Integration der Perspektiven und Erfahrungen von Frauen in die Entwicklung und Umsetzung von Umweltpolitik und Umweltschutzplänen mit dem Ziel einer **ausgewogenen Beteiligung von Frauen und Männern an allen Phasen und Prozessen der Politikentwicklung.**

Informationen und Veranstaltungen zum Gleichstellungsbericht

Webseite für die Gleichstellungsberichte der Bundesregierung: www.gleichstellungsbericht.de

Ausgewählte Veranstaltungen:

- **07.07.** Online-Diskussion des 4. Gleichstellungsberichts mit dem Bundesvorstand der SPD-Frauen
- **14-23.07.** High-Level Political Forum (HLPF) on Sustainable Development der UN in New York
- **23./24.08.** Stand beim Tag der offenen Tür des BMBFSFJ
- **16.09.** Fachtag zum 4. Gleichstellungsbericht in der Diakonie Deutschland
- **18./19.09.** Tagung: In guter Gesellschaft?! Gleichstellungspolitische Chancen und Herausforderungen in Strukturwandelregionen, Bundesstiftung Gleichstellung
- **20.09.** Nachhaltigkeitswochen Altmark 2025
- **01.10.** LABOR.A® 2025 der Hans-Böckler-Stiftung: Gerechtigkeit im Fokus der Arbeitswelt von morgen
- **17./16.10.** Fachtagung der Gender Mainstreaming Experts International (GMEI)



Bundesarbeitsgemeinschaft
kommunaler Frauenbüros & Gleichstellungsstellen

Götz Ulrich

Landrat des Burgenlandkreises

Der Landrat Götz Ulrich berichtete zum Strukturwandel im Burgenlandkreis.

Weitere Informationen können hier gefunden werden:
<https://www.sewig-blk.de>





Jessy James LaFleur

Bühnenpoesie

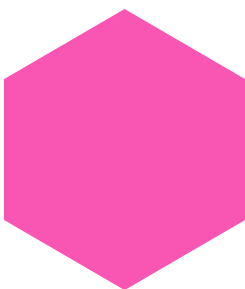
“

Hey! Du tolle Frau!
Es ist so schön dich hier zu sehen.
Und egal ob du kommst, vorbeischaust,
oder länger verweilst, ich will einfach
nur, dass du weißt, wie unfassbar wichtig
du bist.
Wichtig für diese Welt.



“

Die Stadt kannst du haben – aber das Dorf musst du wollen. Letztendlich würde der Gesellschaft ein bisschen mehr Herzenswärme gut tun. Viel weniger: “Nicht gemeckert, ist gelobt genug.” Mehr Achtung vor dem, was im ländlichen Raum schon alle leisten. Mehr Anerkennung für das, was die kleinsten Initiativen meistern. Ein bisschen mehr Liebe, öfter mal ein Lächeln und echte Anerkennung für Gleichstellungsbeauftragte, die jeden Tag wahre Wunder bewirken. Wer das Land verändern will, muss bei den Menschen beginnen. Und wer die Welt retten will, tja, der darf uns Dorffis nicht unterschätzen. Denn vielleicht beginnt Zukunft nicht in den Zentren, sondern genau hier, wo niemand hinschaut, aber alle anpacken, wo Welt retten nicht einfach so ein Wort ist, sondern unsere tagtägliche Haltung.





Bundesarbeitsgemeinschaft
kommunaler Frauenbüros & Gleichstellungsstellen

Podiumsgespräch

mit:

Dorothea Baltruks

CPHP | Centre for Planetary Health Policy

Juliane Krause

plan&rat

Dr. ir Lidewij Tummers-Mueller

CORRINA | Collaborative Regional Research
and Innovation Agency

Silke Tamm-Kanj

Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Würselen
Bundessprecherin der BAG

Moderation: Katja Hofmann





Impulse aus dem Podiumsgespräch

Drin Ir. Lidewij Tummers-Mueller (CORRINA) - zum Thema Gemeinschaftliches Wohnen

Dr.in Ir. Lidewij Tummers-Mueller beleuchtete die Potenziale gemeinschaftlicher Wohnformen aus feministischer Perspektive. Für viele Frauen ist der Wohnort nicht nur Rückzugsort, sondern auch Arbeitsort, da dort unbezahlte Care-Arbeit geleistet wird. Gemeinschaftliches Wohnen ist daher besonders attraktiv, bietet jedoch nur dann Entlastung, wenn Sorgearbeit innerhalb dieser Strukturen kollektiv organisiert wird. Aus diesem Grund bevorzugen viele Frauen geschlechterhomogene Wohnprojekte, in denen Care-Arbeit gleichmäßiger verteilt wird.

Tummers-Mueller machte deutlich, dass Wohnen, Mobilität und Sorgearbeit eng miteinander verknüpft sind – besonders in ländlichen Räumen. Schlechte Mobilitätsbedingungen verstärken Abhängigkeiten, weshalb eine regional gedachte Infrastruktur – etwa Bürgerenergie oder ehrenamtliche Mobilitätsdienste – unerlässlich ist. Solche Engagementformen könnten durch Modelle wie ein Ersatzeinkommen für ehrenamtliches Engagement oder Care-Arbeit gestärkt werden.

Gemeinschaftliche Wohnformen eröffnen nicht nur neue soziale, sondern auch räumliche und ökologische Möglichkeiten. Sie entlasten Care-Strukturen und schaffen Raum für soziale Infrastruktur, etwa durch Beratungsstellen, Pflegedienste oder Quartierstreffs. Architektonisch schaffen sogenannte Dazwischenräume Begegnungszonen, die flexibel auf biografische Veränderungen reagieren, etwa Trennung oder Alter.

Im Bereich Energie- und Flächeneffizienz zeigen viele Co-Housing-Projekte Vorbildfunktion. Energie wird nicht nur technisch, sondern auch durch gemeinschaftliche Nutzung und geteilte Infrastruktur effizienter eingesetzt. Wichtig ist dabei, soziale Nachhaltigkeit und Genderaspekte explizit mitzudenken, insbesondere wie Care-Arbeit organisiert wird.

Ein zentrales Anliegen von Tummers-Mueller war der Gedanke des Teilens – Sharing statt Eigentum. Dabei geht es nicht einfach um die Verkleinerung von privatem Wohnraum, sondern darum, Platz für Gemeinschaftsräume zu schaffen, die von allen genutzt werden: etwa Küchen, Werkstätten oder Betreuungsräume für Kinder und Ältere. So können steigende Wohnkosten und Flächenverbrauch reduziert und gleichzeitig Care-Aufgaben gemeinschaftlich organisiert werden. Das funktioniert jedoch nicht automatisch. Es braucht klare Regeln, gute Organisation und eine bewusste Haltung: Wer welche Aufgaben übernimmt, muss abgesprochen und gemeinsam getragen werden. Die Unterstützung durch das Umfeld, wie Kitas, Nachbarschaftstreffs oder Beratungsstellen, ist entscheidend.

Besonders bemerkenswert ist, dass viele dieser Wohnprojekte mehr als nur Häuser bauen – sie gestalten aktiv ihre Nachbarschaft mit: neue Treffpunkte, Verkehrswege oder sogar ganze Stadtteile werden mitentwickelt. So werden Bewohnerinnen und Bewohner selbst zu Planerinnen und Gestalterinnen ihrer Umgebung – mit einem neuen Blick auf Zusammenleben und Fürsorge. Wichtig sei, dass beim Flächensparen nicht vergessen wird, wer die zusätzliche Arbeit übernimmt. Wer privaten Raum aufgibt, muss durch geteilte Aufgaben, gute Nachbarschaften und soziale Infrastruktur entlastet werden. Nur so kann Sharing zum Schlüssel für eine nachhaltige und gerechte Stadt werden.

Abschließend betonte Tummers-Mueller, dass in ländlichen Räumen der Fokus nicht zwangsläufig auf dem gemeinsamen Wohnen liegen muss. Vielmehr sei die gemeinschaftliche Nutzung von Räumen wichtig – auch wenn dort nicht direkt gewohnt wird. So könnten etwa Kita, Arztpraxis, Lebensmittelgeschäft und Apotheke unter einem Dach vereint sein, um Versorgung und Zusammenhalt vor Ort zu stärken.



Impulse aus dem Podiumsgespräch

Dorothea Baltruks (Centre for Planetary Health Policy) - zum Thema Gesundheit

Dorothea Baltruks machte deutlich, dass der Klimawandel tiefgreifende Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen hat – viele davon seien nicht auf den ersten Blick sichtbar. Neben akuten Verletzungen und Todesfällen durch Extremwetterereignisse müsse auch mit langfristigen gesundheitlichen Folgen gerechnet werden. Dazu zählen etwa psychische Belastungen infolge von Traumatisierung, zunehmender Substanzmittelmissbrauch sowie Belastungen für die medizinische Infrastruktur, etwa wenn Kliniken und Praxen selbst von Klimaereignissen betroffen sind.

Besonders eindrücklich schilderte Baltruks, dass der Klimawandel nicht alle Menschen gleichermaßen trifft. Strukturelle Ungleichheiten – insbesondere geschlechtsspezifische Unterschiede – beeinflussen maßgeblich, wie stark Menschen gesundheitlich betroffen sind. Frauen, Alleinerziehende und Migrantinnen seien überproportional gefährdet. So zeigen Studien, dass Frauen subjektiv eine höhere Belastung durch Hitze erleben, während Männer statistisch häufiger hospitalisiert werden – bedingt sowohl durch biologische Faktoren als auch durch soziale Rollen, etwa Außeneinsätze oder Betreuungssituationen. Auch bei Schwangerschaften stelle Hitze ein erhöhtes Risiko dar, etwa für Frühgeburten oder ein geringes Geburtsgewicht. Zudem seien Frauen stärker von UV-bedingtem Hautkrebs betroffen.

Baltruks betonte, dass sich auch neue Krankheitsbilder häufen: So begünstigt der Klimawandel die Ausbreitung bisher untypischer Infektionskrankheiten, verlängert die Pollenzeiten und verschärft allergische Erkrankungen. Gleichzeitig gefährde er zunehmend die Nahrungsmittelsicherheit. Diese Entwicklungen verstärken soziale und gesundheitliche Ungleichheiten – und treffen häufig jene Menschen besonders, die ohnehin benachteiligt sind. Dabei verwies sie auf den frauendominierten Gesundheits- und Pflegebereich: Die ohnehin bereits stark belasteten Arbeitskräfte – darunter viele Migrantinnen – stünden durch den Klimawandel unter zusätzlichem Druck. Gleichzeitig seien Frauen in Führungspositionen im Gesundheitssektor weiterhin unterrepräsentiert.

Mit Blick auf strukturelle Lösungen betonte Baltruks die Dringlichkeit neuer Versorgungskonzepte, insbesondere im ländlichen Raum, wo Fachkräftemangel und demografischer Wandel die Versorgungslage zusätzlich erschweren. Deutschland verfüge weiterhin über ein stark arztzentriertes Gesundheitssystem, das dringend reformiert werden müsse – etwa durch die gezielte Aufwertung und bessere Bezahlung von Pflegeberufen. Auch der Ausbau niedrigschwelliger, präventiver Gesundheitsangebote sei zentral, um die Widerstandsfähigkeit des Systems gegenüber klimabedingten Belastungen zu stärken.

Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Ausführungen lag auf der geschlechtersensiblen Gesundheitsforschung. Es brauche dringend mehr Daten, die geschlechtsspezifisch und intersektional erhoben werden – auch zu psychischen Belastungen durch Klimafolgen. Bisher fehle es an systematischen Wirkanalysen bestehender Maßnahmen, etwa bei sogenannten "Heat Health Action Plans", die bislang kaum gendersensibel angepasst seien. Dabei zeigten erste Erkenntnisse, dass politische Entscheidungen – etwa in den Bereichen Mobilität, Stadtplanung oder Energie – unterschiedlich starke gesundheitliche Auswirkungen auf Frauen und Männer haben können. Frauen sind beispielsweise häufiger von Energiearmut betroffen, leben häufiger in schlechter isolierten Wohnungen und sind häufiger auf öffentliche oder aktive Mobilität angewiesen – dabei aber weniger sicher im Straßenverkehr unterwegs.

Abschließend sprach sich Baltruks für ein verbindliches Gender Mainstreaming in der Klima- und Gesundheitspolitik aus. Es brauche partizipative Prozesse, die insbesondere Frauen aus vulnerablen Gruppen aktiv einbeziehen. Nur so könne ein gleichberechtigter Zugang zur Gesundheitsversorgung und Prävention gewährleistet und das System langfristig klimafest und gerecht gestaltet werden.



Impulse aus dem Podiumsgespräch

Juliane Krause (plan & rat) - zum Thema Mobilität

Juliane Krause machte in ihrem Beitrag deutlich, dass Mobilität weit mehr ist als reine Fortbewegung – sie ist ein zentraler Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe. Der aktuelle Zustand der Mobilitätsinfrastruktur trage jedoch zur sozialen und geschlechtsspezifischen Ungleichheit bei, insbesondere im ländlichen Raum. Krause betonte, dass das derzeitige verkehrspolitische Leitbild noch immer stark autozentriert ist. Die Verkehrsplanung orientiere sich vorrangig an erwerbsbezogenen Mobilitätsmustern – also an typischen Pendlerstrecken mit dem Auto –, während andere Formen der Mobilität, etwa Fuß- und Radverkehr oder der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV), vernachlässigt würden. Die vielfältigen Alltagswege – insbesondere Wegeketten von Menschen mit Betreuungsaufgaben, wie sie häufig von Frauen zurückgelegt werden – fänden in der Infrastrukturplanung bislang kaum Berücksichtigung.

Dabei zeigen aktuelle Studien, dass Frauen insgesamt deutlich seltener selbst ein Auto fahren. Sie sind häufiger Mitfahrerinnen und nutzen wesentlich öfter den ÖPNV, das Fahrrad oder gehen zu Fuß. Gleichzeitig sind sie jedoch stärker von den negativen Folgen des Autoverkehrs betroffen – etwa durch Lärm, Luftverschmutzung und unsichere Verkehrswege.

Ein konkretes Beispiel für strukturelle Probleme in der ländlichen Mobilität seien sogenannte Bürgerbusse. Diese würden vielerorts als kurzfristige Lösung für fehlenden ÖPNV betrachtet, seien aber weder nachhaltig noch verlässlich: Sie werden meist von älteren Männern gefahren – sobald diese aus Altersgründen ausfallen, breche das Angebot oft ersatzlos weg. Auch die sinkende Zahl von Schüler*innen und Auszubildenden in ländlichen Regionen verschärfe die Lage, da dadurch die Einnahmebasis für den ÖPNV weiter schrumpfe. Krause machte deutlich, dass ländliche Räume vor einer Vielzahl von Herausforderungen stehen: schlechtere medizinische Versorgung, Fachkräftemangel, Leerstände, sinkende Standortqualität – all dies wirke sich auch auf die Mobilitätsbedarfe und -möglichkeiten aus. Menschen auf dem Land legten im Schnitt längere Tagesstrecken zurück, nutzten stärker den Pkw, während der ÖPNV deutlich seltener genutzt werde.

Aus genderanalytischer Perspektive betonte Krause, dass unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen – Frauen und Männer, aber auch Kinder, Ältere, Menschen mit Mobilitätseinschränkungen oder Personen in prekären Lebensverhältnissen – sehr unterschiedliche Mobilitätsbedarfe und -möglichkeiten haben. Diese würden durch Planungsprozesse bislang kaum erfasst, da in vielen Bereichen genderdifferenzierte Daten fehlten. Eine genderechte Verkehrsplanung müsse daher unterschiedliche Lebenslagen und Mobilitätsrealitäten berücksichtigen – etwa die Tatsache, dass insbesondere Frauen im ländlichen Raum viele Bring- und Holwege für Kinder oder Angehörige übernehmen und das Auto für Familien dort eher eine Mobilitätsgarantie als eine Option darstellt.

Sie plädierte klar für eine integrierte, geschlechtergerechte Mobilitätsentwicklung, die auf Flächengerechtigkeit setzt und alle Verkehrsarten gleichwertig behandelt. Dafür brauche es auch strukturelle Reformen – beispielsweise die rechtliche Verankerung von Gleichstellungszielen in einem Mobilitätsgesetz. Außerdem müssten Verfahren der Bürgerbeteiligung gezielt genderorientiert ausgestaltet werden: Menschen mit besonderen Mobilitätsanforderungen – darunter viele Frauen – müssten aktiv eingebunden werden. Planungsprozesse sollten so gestaltet sein, dass sie projektbezogene Gleichstellungsziele transparent machen und die Wirkung von Maßnahmen systematisch auf ihre soziale und geschlechterspezifische Relevanz hin prüfen.

Abschließend betonte Krause: Eine genderechte Mobilitätsplanung sei kein „Add-on“, sondern ein Qualitätsmerkmal guter, zukunftsfähiger Planung. Nur wenn Planung inklusiv und diversitätssensibel gedacht werde, könne die Mobilitätswende im Rahmen der sozial-ökologischen Transformation gelingen – und Mobilitätsarmut, insbesondere im ländlichen Raum, nachhaltig verhindert werden.



Impulse aus dem Podiumsgespräch

Silke Tamm Kanj (Bundessprecherin der BAG und kommunale Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Würselen) - zum Thema kommunale Gleichstellungsarbeit

Silke Tamm-Kanj beleuchtete das Potenzial und auch die Herausforderungen der kommunalen Gleichstellungsarbeit in den Themenfeldern Mobilität, Gesundheit und Wohnen. Aus ihrer Sicht komme es dabei wesentlich darauf an, diese Bereiche konsequent aus einer gleichstellungspolitischen Perspektive zu betrachten und Einflussnahme kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbeauftragter zu ermöglichen.

Transformationsstrategien – so ihre zentrale Botschaft – müssten die Geschlechterperspektive einbeziehen, denn dies sei nicht nur durch das Grundgesetz rechtlich gefordert, sondern auch für die zukunftsfähige Entwicklung von Städten und Regionen unabdingbar. Die unterschiedlichen Bedarfe der Geschlechter gelte es klar herauszuarbeiten und in politische Planungsprozesse, die Regionalentwicklung sowie kommunale Entscheidungen systematisch einzubeziehen. Damit dies gelingen könne, müssten Gleichstellungsbeauftragte frühzeitig und strukturell in Planungsprozesse eingebunden werden. Nur so ließen sich geschlechterspezifische Perspektiven angemessen einbringen und gemeinsam mit den zuständigen Fachreferent*innen geeignete Lösungen und Verfahren entwickeln.

Sie erläuterte, dass kommunale Gleichstellungsbeauftragte in Städten, Landkreisen und Kommunen innerhalb der Verwaltung tätig seien, die Verwaltungsspitze berieten und gleichstellungspolitische Stellungnahmen zu politischen Vorhaben abgäben. Dabei arbeiteten sie eng mit Fachämtern zusammen, um sicherzustellen, dass Gleichstellung von Beginn an in alle Planungsprozesse einfließe. Gleichstellungsbeauftragte arbeiten aber auch in Gremien, so auch in Gremien der Regionalkonferenzen, wie z.B. in der Region Aachen. Dort haben die Gleichstellungsbeauftragten in der Wirtschaftsregion Aachen den Genderausschuss gegründet. Vertreterinnen dieses Ausschusses sind Teil der Fachausschüsse der Regionalkonferenz Aachen. Ähnliche Modelle existieren auch anderenorts. Ebenso entscheidend sei die Einbindung von Frauen aus der Bevölkerung, etwa durch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, in denen Informationen weitergegeben und gemeinsam mit Expertinnen Lösungen erarbeitet würden.

Anschließend führte Tamm-Kanj konkrete Handlungsoptionen aus der Sicht der kommunalen Gleichstellungsarbeit in den Themenfeldern Gesundheit, Wohnen und Mobilität aus:

Im Bereich Gesundheit betonte sie die Zusammenarbeit mit Gesundheitsämtern, insbesondere zum Schutz von Schwangeren. Maßnahmen wie flexiblere Arbeitszeiten, Homeoffice und Ruhepausen in Hitzeperioden könnten zur Entlastung beitragen. Öffentlichkeitsarbeit sei wichtig, etwa zur Aufklärung über Dehydrierung oder veränderte Medikamentenwirkung bei Hitze. Ebenso sei eine wohnortnahe medizinische Versorgung und Geburtshilfe entscheidend.

Beim Wohnen verwies sie auf die besondere Betroffenheit von Rentnerinnen und Alleinerziehenden, die häufig in energetisch unzureichenden Wohnungen leben. Energieberatungen sollten geschlechtergerecht besetzt sein, gemeinschaftliches Wohnen stärker gefördert und Aufzüge ab dem dritten Stock Standard werden, damit diese Wohnungen auch von älteren Menschen und Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen genutzt werden können. Auch klimatisierte Gemeinschaftsräume ohne Konsumzwang seien wichtig für das soziale Miteinander – besonders unter klimatischen Belastungen.

Im Bereich Mobilität sprach sie sich für eine stärkere Ausrichtung von Mobilitätskonzepten an den Wegen von Frauen aus, insbesondere im Hinblick auf Sorgearbeit. Der ÖPNV müsse bezahlbarer werden, und in ländlichen Räumen könnten gemeinschaftliche Fahrdienste eine sinnvolle Ergänzung sein.

Abschließend unterstrich sie, dass kommunale Gleichstellungsbeauftragte ausreichend Zeit und Ressourcen benötigten, um ihre Querschnittsaufgabe wirksam erfüllen zu können. Veranstaltungen wie diese Konferenz seien wertvolle Impulse für interdisziplinären Austausch und strategische Verankerung von Gleichstellung.



Workshops

1. Geschlechterbezogene Gleichberechtigung in der Mobilität in ländlichen Räumen

mit: Michael Fuder, ecomotio

Moderation: Sahra Vafai & Konstanze Morgenroth,
Bundessprecherinnen der BAG

2. Handlungsansätze für geschlechterbezogene Gleichberechtigung in der Gesundheitsversorgung in ländlichen Räumen

mit: Sabine Neef, ecomotio & Attila Flöricke, DORV

Moderation: Silke Tamm-Kanj, Bundessprecherin der BAG

3. Gemeinschaftlich Wohnen in den ländlichen Räumen

mit: Ulrike Hippe, Dezentrale Netz für gemeinschaftliches Wohnen in Sachsen und Lisa Mindthoff, Wir sind Fella e.V.

Moderation: Katja Henze, Bundessprecherin der BAG



Kurzprotokoll zum Workshop:

Geschlechterbezogene Gleichberechtigung in der Mobilität in ländlichen Räumen

im Rahmen der Konferenz der Bundesgemeinschaft kommunaler Frauenbüros & Gleichstellungsstellen am 24.06.2025 in Weißenfels

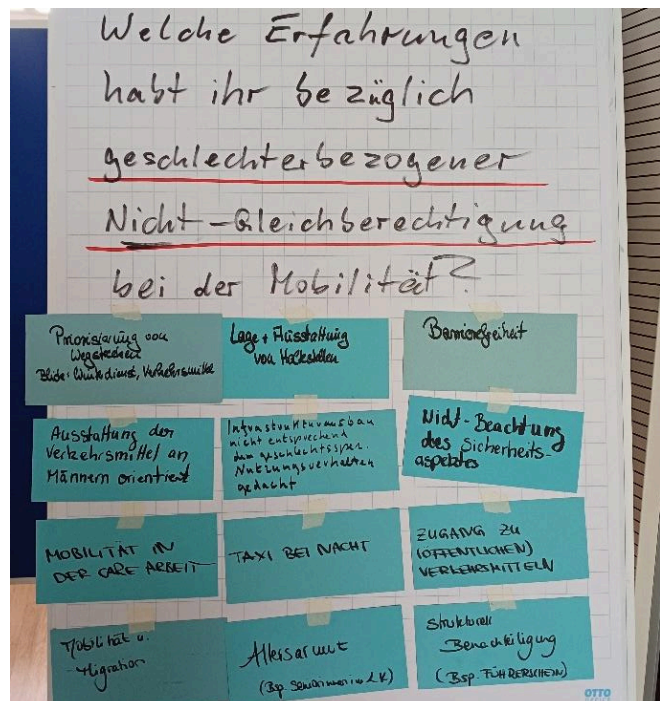
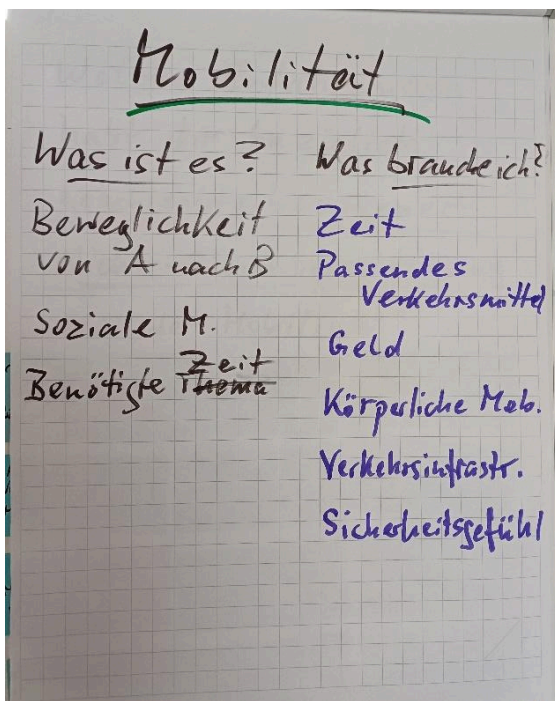
Ländliche Räume im Wandel: Impulse für eine sozial-ökologische Transformation

Moderation: Michael Fuder (ecomotio)



In diesem Workshop wurden mit Unterstützung durch eine Folienpräsentation

- der Begriff „Mobilität“ thematisiert und in Bezug auf Geschlechter-Gleichberechtigung definiert (s. unten)
- alltagsbezogene Formen der Nicht-Gleichberechtigung bei der Mobilität gesammelt und diskutiert.



Als Praxisbeispiele wurden vorgestellt und als Beitrag zur geschlechterbezogenen Gleichberechtigung im Bereich Mobilität analysiert:

- das öko-soziale Mobilitätskonzept **LANDRADL** (entwickelt von ecomotio gGmbH und betrieben z. B. vom Verein Elm mobil e.V.)
- das nachbarschaftliche Autoteilsystem (betrieben vom Verein Elm mobil e.V.)
- das noch nicht realisierte Projekt „Aufgeweckt mobil“ von ecomotio gGmbH (derzeit wird ein*e Projektpartner*in für die beispielhafte Realisierung gesucht), in dem Menschen zur Nutzung von ÖPNV-Angeboten befähigt werden sollen

Welche Definitionen von Mobilität gibt es?

1. Allgemeine Definition

Mobilität bezeichnet allgemein die Fähigkeit oder Möglichkeit, sich fortzubewegen oder bewegt zu werden.

2. Verkehrswissenschaft / Verkehrsplanung

Mobilität meint die Möglichkeit und Bereitschaft von Personen, sich räumlich zu bewegen, um Aktivitäten an verschiedenen Orten durchzuführen (z. B. Arbeit, Einkauf, Freizeit). Unterschieden wird dabei häufig zwischen Verkehr (die tatsächliche Bewegung) und Mobilität (die Voraussetzung und Entscheidung zur Bewegung).

3. Technik

Technische Mobilität bezieht sich auf technische Lösungen zur Fortbewegung: von klassischen Fahrzeugen bis zu neuen Mobilitätsdiensten wie Carsharing, E-Scootern oder autonomen Fahrzeugen.

4. Informatik / Digitalisierung

Digitale Mobilität meint die Möglichkeit, ortsunabhängig mit digitalen Geräten zu arbeiten oder auf Daten zuzugreifen (z. B. mobiles Arbeiten, Cloud-Computing).

5. Gesundheitswesen / Medizin

Gesundheitsmobilität bezieht sich auf die körperliche Beweglichkeit eines Menschen, z. B. „eingeschränkte Mobilität“ bei älteren oder kranken Menschen.

6. Soziologie / Gesellschaftswissenschaften

- Soziale Mobilität bezeichnet die Veränderung der sozialen Stellung von Individuen oder Gruppen innerhalb einer Gesellschaft (z. B. sozialer Aufstieg oder Abstieg).
- Räumliche Mobilität umfasst Umzüge, Migration oder Pendelbewegungen.
- Berufliche Mobilität meint den Wechsel des Arbeitsplatzes oder der Branche, auch räumlich.

Kurze Zusammenfassung:

Kontext	Bedeutung von Mobilität
Alltag / Verkehr	Fähigkeit und Bereitschaft zur Fortbewegung / Anzahl der Bewegungen pro Tag
Technik	Mittel und Systeme zur Fortbewegung
Gesundheit	körperliche Beweglichkeit und Selbstständigkeit
Digitalisierung	ortsunabhängige Nutzung digitaler Technologien
Soziologie	Veränderung der sozialen oder geografischen Lage
Arbeitswelt	berufliche Flexibilität und Veränderungsbereitschaft

Handlungsansätze für geschlechterbezogene Gleichberechtigung in der Gesundheitsversorgung in ländlichen Räumen



Konferenz Ländliche Räume im Wandel:
Impulse für eine sozial-ökologische Transformation

Weißenfels, 24. Juni 2025

Attila F.
erfolgreich
nachhaltig
handeln

ecomotio

DORV

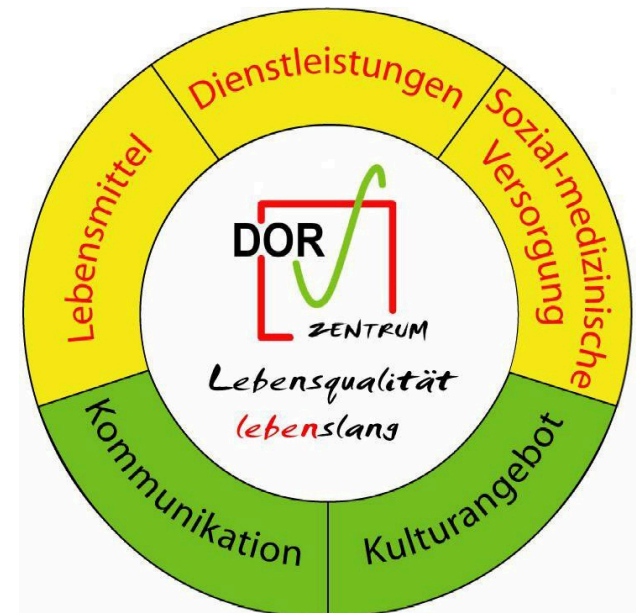
Dienstleistungen – **O**rtsnahe – **R**undum – **V**ersorgung

DORV-Grundsätze

Mehr als Nahversorgung



- Lebensraum auf den Dörfern stärken
- Eigenständigewirtschaftliche und kulturelle Identität der Dörfer erhalten
- Nachhaltigkeit fördern
- Ökonomie - Ökologie - Soziales

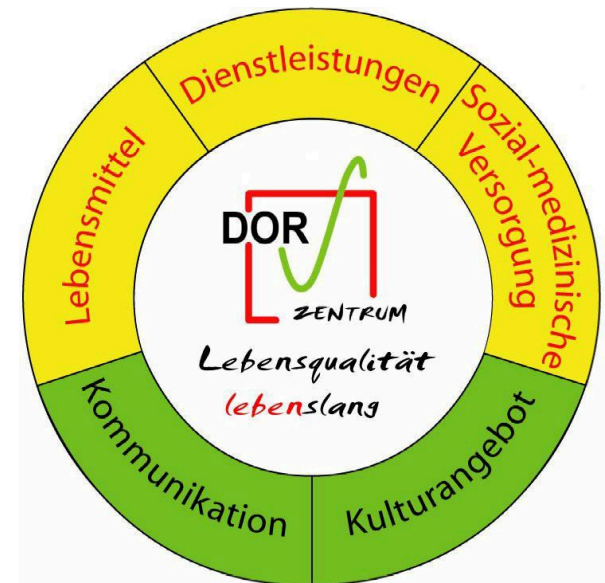


DORV-Grundsätze

Mehr als Nahversorgung



- Regionale Ausrichtung – regionale Wertschöpfung
- Qualität – Lieferanten und Leistungserbringer haben einen Namen
- Bündelung - Alles unter einem Dach
- Moderne Medien – Digitalisierung nutzen
- Keine Konkurrenz – Ergänzen was fehlt & geht
- Stärkung des Vorhandenen - Aufwärtsspirale
- Integration und Kooperation – Miteinander stärken



Die DORV-Idee

Lebensqualität lebenslang durch eine wohnortnahe multifunktionale Nahversorgung

Basisangebot Frische

- Backwaren
- Wurst, Fleisch
- Obst & Gemüse
- Molkereiprodukte

Grundversorgung

- Trockenprodukte
- Getränke
- Tiefkühlkost

Zusatzangebote

- Regionale Produkte
- Bio-Angebot
- Unverpackte Produkte
- Lieferdienst

Basisangebot

- Café-Ecke

Zusatzangebote

- Hol- & Bringdienste
- Vereinstreffen
- Freizeitangebote
- Tauschbörsen

Basisangebot

- Paketdienst
- Reinigung, Reparatur
- Energieversorger
Zusatzangebote
- Bank, Versicherung
- Kfz-Zulassung
- Mobilitätsangebote

Basisangebot

- Pflegedienst
- Essen auf Rädern
- Apotheke(-ndienst)
- Sozialberatung

Zusatzangebote

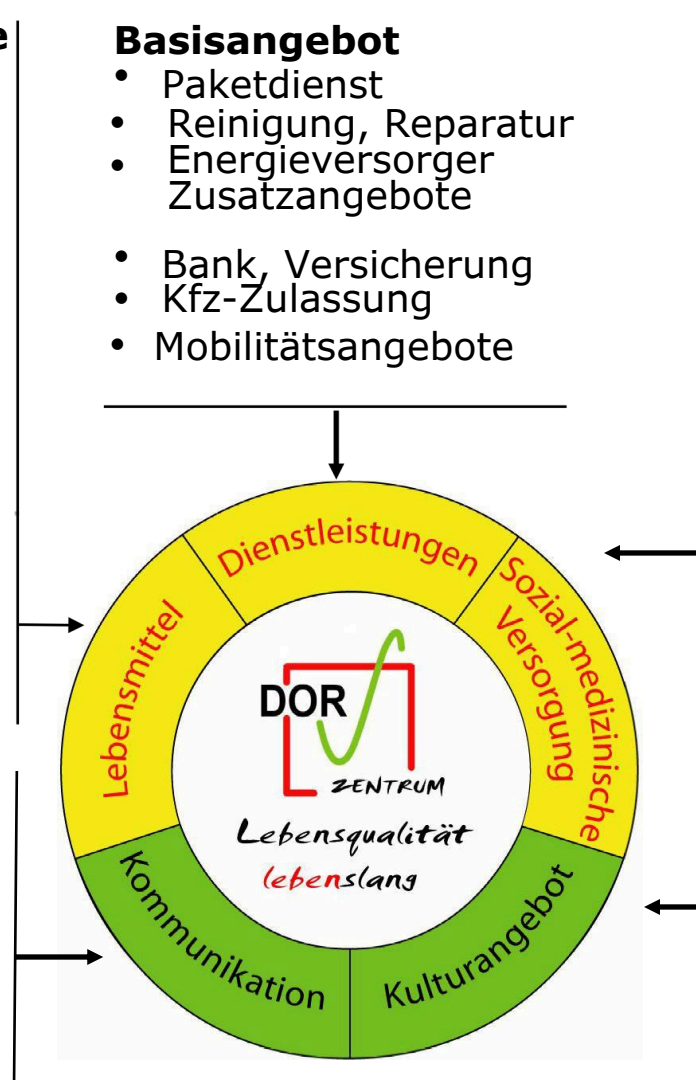
- Hausärztliche Versorgung
- Physiotherapie
- Hausnotruf
- Betreutes Wohnen
- Seniorenhandwerker*innen
- Seniorenpflegedienst

Basisangebot

- Veranstaltungsservice
- Vereinsversammlung
- Kurse (VHS...)

Zusatzangebote

- Alt liest jung..
- Themenabende
- Gemeinsames Kochen



Sozial-Medizinische Versorgung

Praktische Umsetzung



DORV-Zentrum Jülich



Sozial-Medizinische Versorgung

Praktische Umsetzung



Projektbeginn:	2001
Start:	2004
Ideeller Träger:	DORV Trägerverein e.V.
Kapitalbeschaffung:	DORV-Partner GbR
Betreiber:	DORV-Zentrum GmbH

Sozial-Medizinische Versorgung

Praktische Umsetzung



Leistungen:

- Sicherung von Gütern des täglichen Bedarfs
 - Frische Lebensmittel
 - Drogerieartikel
 - Non Food Artikel
- Öffentliche, halböffentliche und private Dienstleistungsangebote
 - Amtsangelegenheiten
 - Briefmarken
 - Reisebüro
- Soziale Dienstleistungsangebote
 - Vermittlung von medizinisch-sozialen Hilfsangebote
 - Vor allem Altenpflege, Sozial- und Rentenberatung

Sozial-Medizinische Versorgung

Praktische Umsetzung



Umnutzung einer Sparkassenfiliale

- Lebensmittelhandel
- Café
- Veranstaltungsräume
- Besprechungsräume für Beratungen

Ärztliche Praxis

- Anmietung einer Wohnung mit separatem Zugang im selben Haus

Fahrdienst

- Anschaffung eines Kleinbusses

Sozial-Medizinische Versorgung

Praktische Umsetzung



Zweitpraxis

- Ab 2007 Betrieb einer hausärztlichen Zweitpraxis

Fahrdienst

- Erst-Konsultation
- Fachärzt*innen
- Heilmittel- und Hilfsmittelerbringer*innen

Sozial-Medizinische Versorgung

Praktische Umsetzung



Kommunikationsinseln gegen Vereinsamung

- Plauder Café
- Alt liest Jung
- Jung liest Alt
- Themenabende
- VHS Kurse
- Gemeinsames Kochen
- Vereinstreffpunkt
- ...



Handlungsansätze für Gesundheitsversorgung in ländlichen Räumen

Praxisbeispiel: Kontaktstelle Oderwald Sozial



Oderwald Sozial – historische Meilensteine



getragen durch die SG Oderwald mit AWO
Salzgitter-Wolfenbüttel als Kooperationspartner

gefördert durch mehrere,
unterschiedliche Stiftungen

**Beschluss SG-Rat
am 16.2.22:
dauerhafte
Grundfinanzierung
durch SG Oderwald**

2014

10 / 1 6

05 / 2 0

12 / 2 2

Kontaktstelle Oderwald Sozial

getragen durch:
Samtgemeinde Oderwald mit
AWO Salzgitter-Wolfenbüttel als Kooperationspartner

- ist erste Anlaufstelle für alle sozialen Themen
- stärkt ehrenamtliche Strukturen und bündelt diese
- vernetzt soziale Akteur*innen aller Ebenen
- macht Angebote von Bund bis Kommune nutzbar
- entwickelt notwendige Angebote, die bisher fehlen

Ziel: Teilhabe für alle → attraktive Lebensverhältnisse



Für alle da: wohnortnah begleiten und beraten

Umsetzungsbeispiele



Sammelordner

„Gut leben am Oderwald“



Notfalldose



Alltagsbegleitung

➡ medizinische Versorgung ermöglichen

➡ Einsamkeit begegnen

Wichtigste Erkenntnisse:

Soziale und sozialmedizinische Grundversorgung ist formal weitgehend geregelt – faktisch aber fehlt es an vielen Ecken und Enden!

Kontakte



✉ af@attilafloericke.de

☎ 036 201-593 757

🌐 www.attilafloericke.de



Attila Flöricke



✉ info@ecomotio.de ☎ 0531 239 280-12

🌐 www.ecomotio.de



Sabine Neef

Fotoprotokoll

Handlungsansätze für geschlechterbezogene

Gleichberechtigung in der Gesundheitsversorgung in
ländlichen Räumen

am 24.06.2025 in Weißenfels

zur Konferenz:

**Ländliche Räume im Wandel: Impulse für eine sozial-ökologische
Transformation**

der Bundesgemeinschaft kommunaler Frauenbüros & Gleichstellungstellen

Moderation: Sabine Neef (ecomotio) & Attila Flöricke DORV

Es wurden am 24.06. zwei Praxisbeispiele zur Gesundheitsversorgung
vorgestellt und zu den Themen:

- Was verstehen Sie unter Gesundheit?
- Welche Erfahrungen haben Sie, insbesondere bezüglich

geschlechterbezogener Gleichberechtigung.

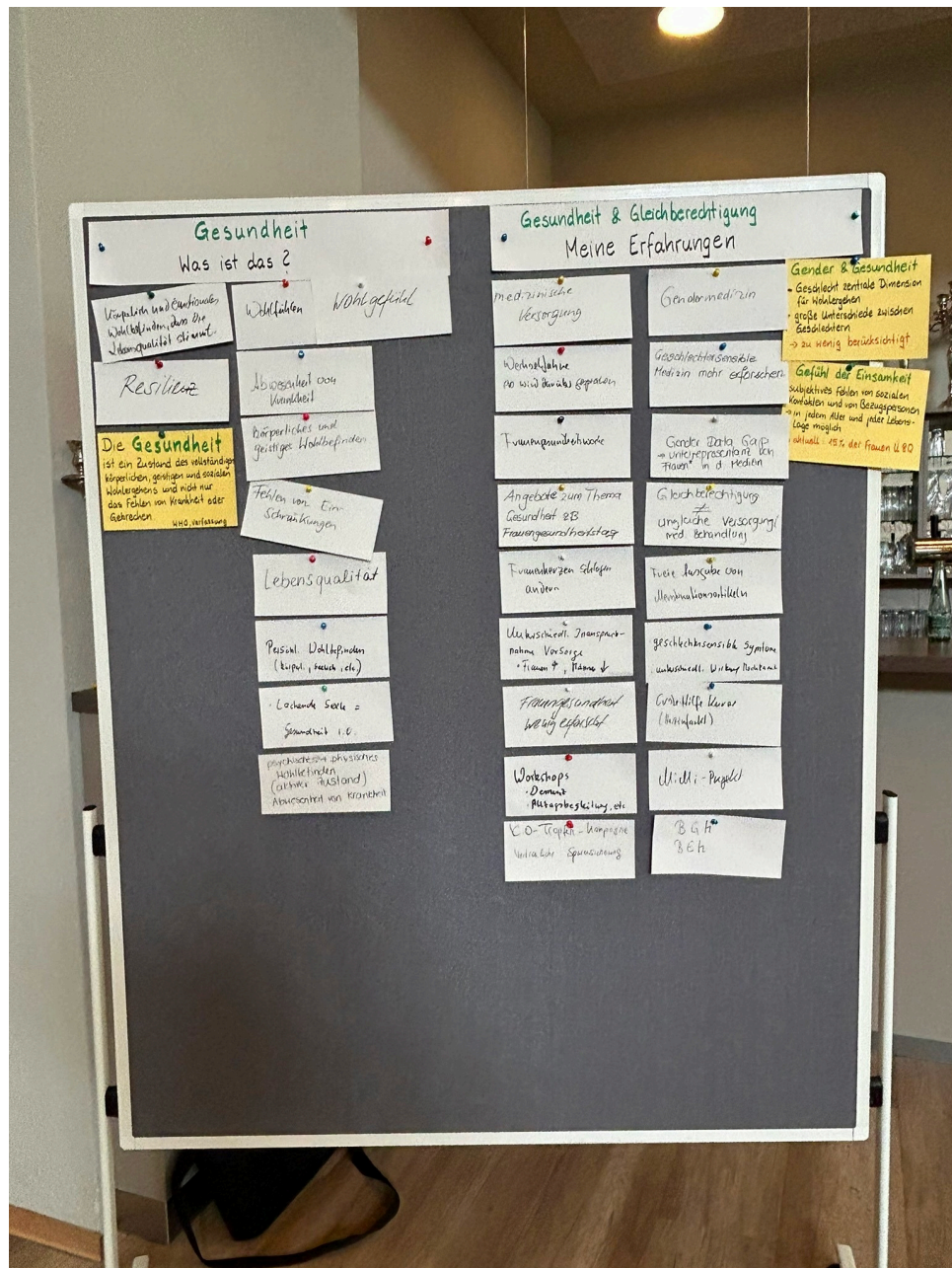
- Welche Handlungsansatz sehe ich für meine Arbeit?
- Wo sind meine größte Hürde und Widerstände bei der Umsetzung?
- Wie kann ich diese überwinden?

in Gruppen diskutiert, gebrainstormt und berichtet.

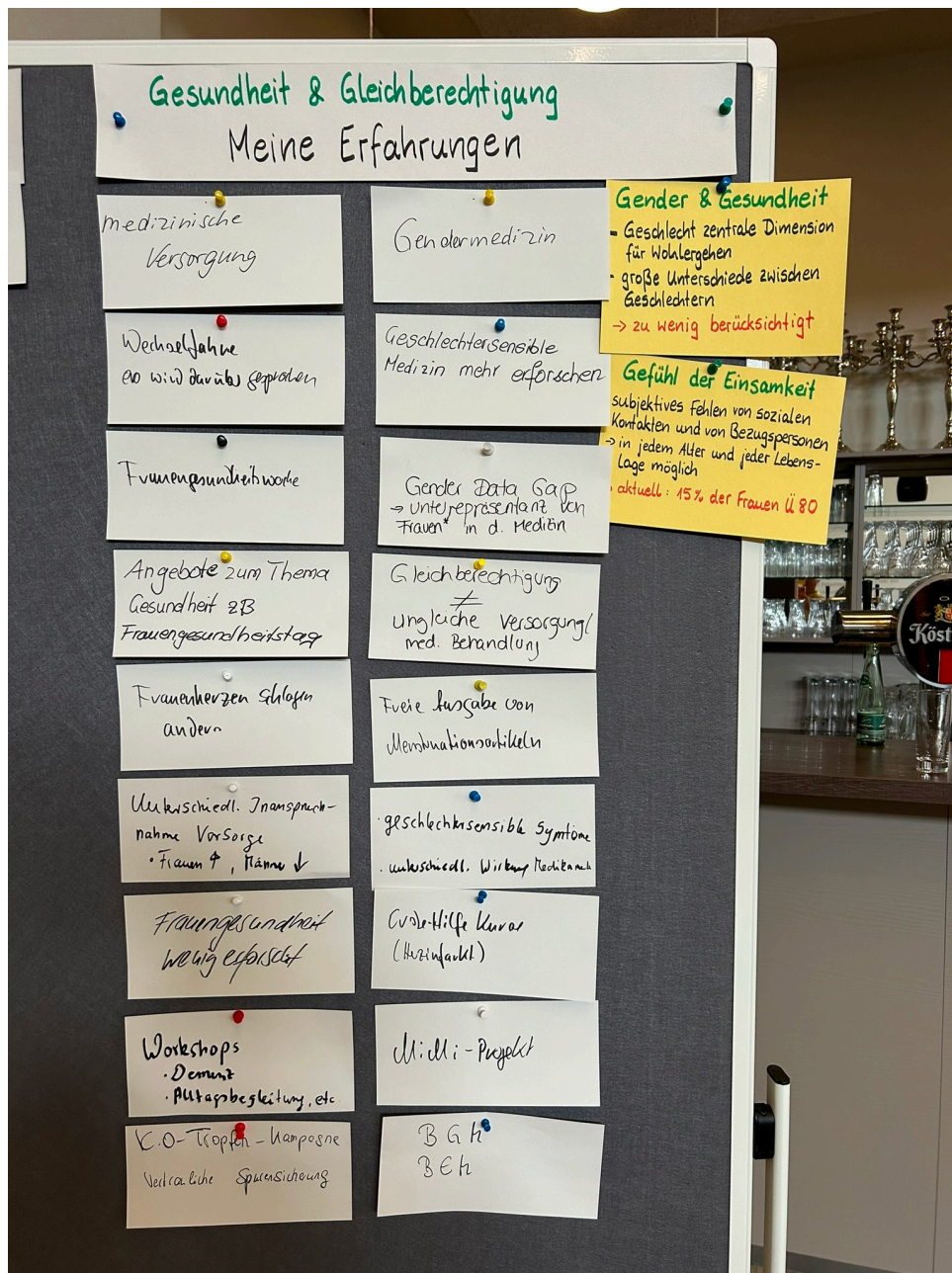
1. Gruppenarbeit zu den Themen:

Was verstehen Sie unter Gesundheit?

Welche Erfahrungen haben Sie, insbesondere bezüglich geschlechterbezogener Gleichberechtigung?





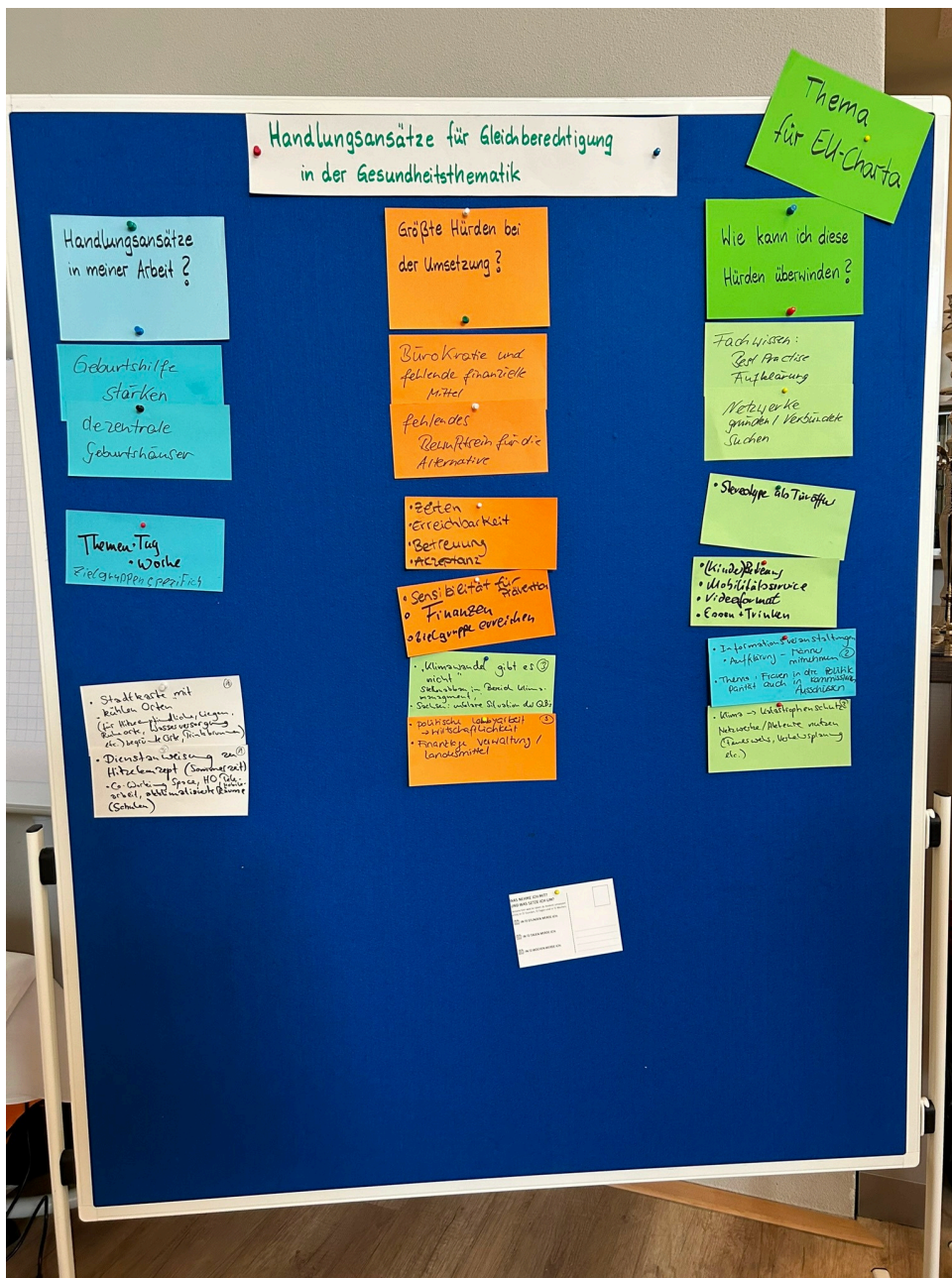


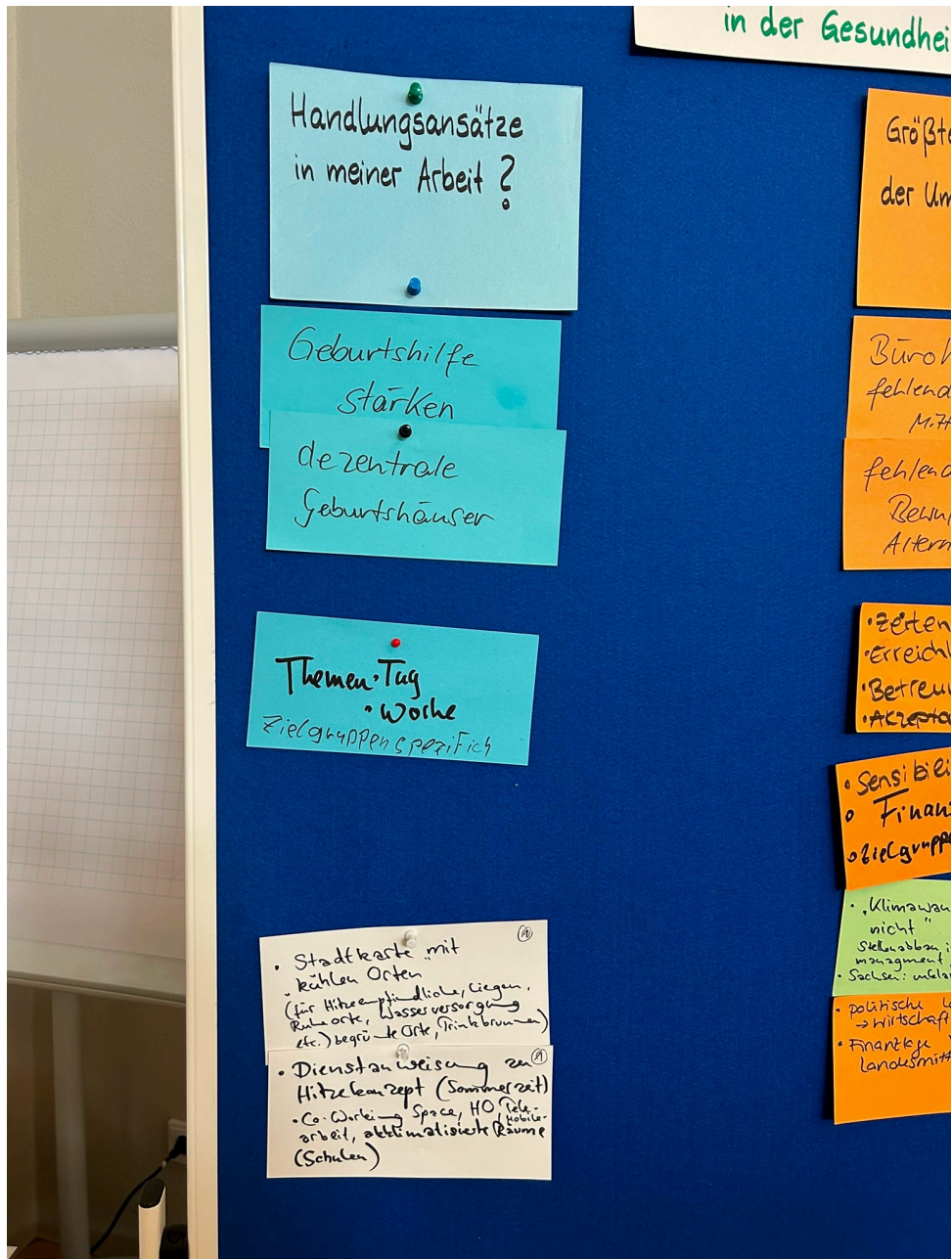
2. Gruppenarbeit zu den Themen:

Welche Handlungsansatz sehe ich für meine Arbeit?

Wo sind meine größte Hürde und Widerstände bei der Umsetzung?

Wie kann ich diese überwinden?





Handlungsansätze für Gleichberechtigung in der Gesundheitsthematik

Größte Hürden bei
der Umsetzung?

Bürokratie und
fehlende finanzielle
Mittel

fehlendes
Ressortfreiraum für die
Alternative

- Zeiten
- Erreichbarkeit
- Betreuung
- Akzeptanz

- Sensibilität für Prävention
- Finanzen
- Zielgruppe erreichen

- „Klimawandel“ gibt es ③
nicht
- Stellenabbau im Bereich Klima-
management
- Sachsen: unklare Situation der Q&B

- politische Lobbyarbeit ③
→ Wirtschaftlichkeit
- finanzielle Verwaltung /
Landesmittel

Wie ko
Hürden

Fach Wi
Zeit
Aufh

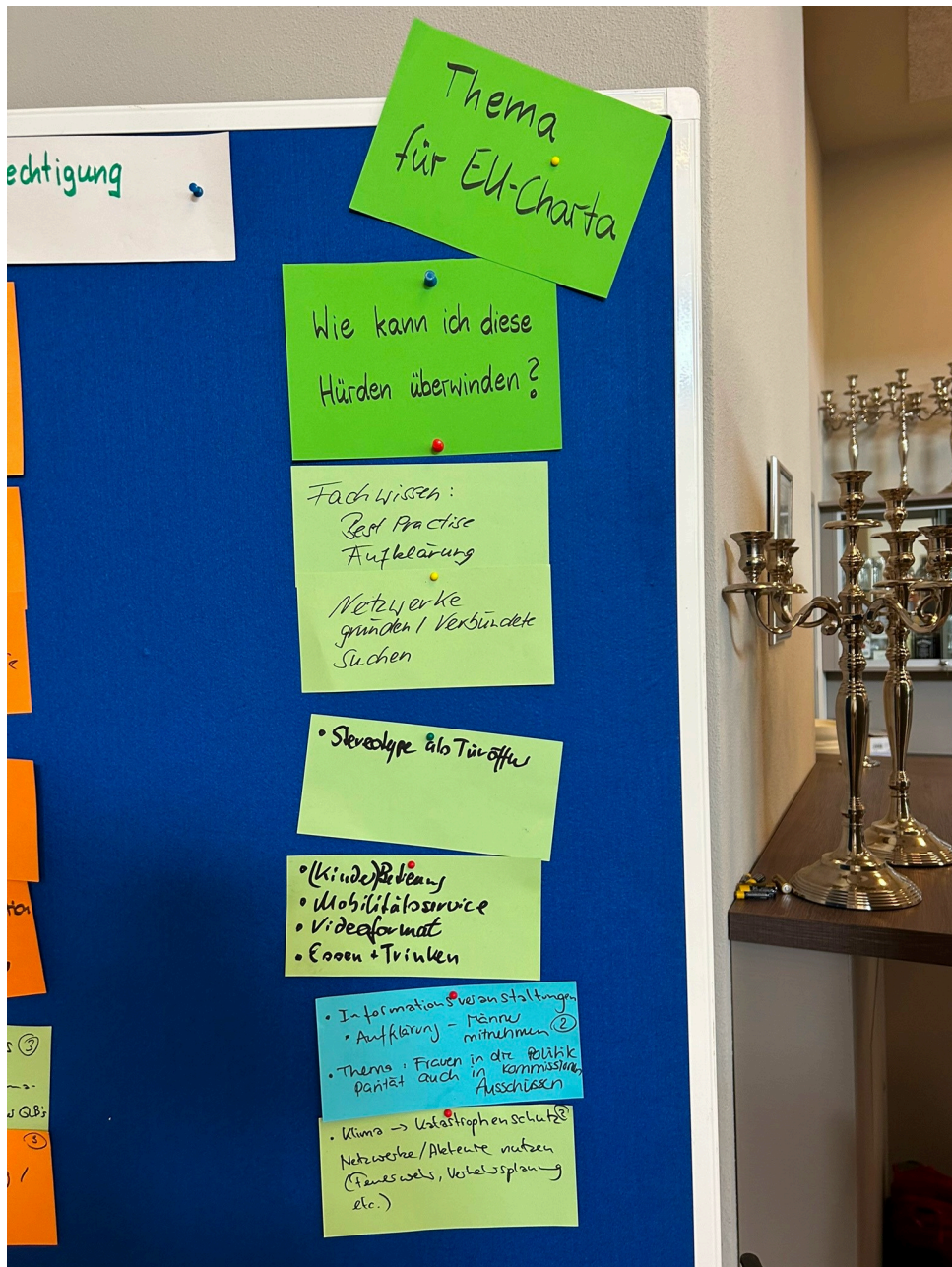
Netz
gründe
Suche

• Strategie

- (Klinische) Bed
- Mobilität
- Videofor
- Essen + Tr

- Inform
- Aufkle
- Thema
Partizip

- Klima →
Netzwerk
(Famess
etc.)



Konferenz der BAG am 23./24. Juni in Weißenfels **Workshop „Handlungsansätze für geschlechterbezogene Gleichberechtigung in der Gesundheitsversorgung in ländlichen Räumen“ – fachliche Hintergrundinformationen**

Begriffsklärung „Gesundheit“

Verfassung der Weltgesundheitsorganisation:

„Die Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen.“

→ zu beachten: geht weit über Nicht-Kranksein hinaus

→ in der Fachwelt umstritten, da Verständnis von „Wohlergehen“ gesellschaftlich und individuell sehr unterschiedlich

Gender und Gesundheit

- biologisches (sex) und soziales (Gender) Geschlecht zentrale Dimensionen für Wohlergehen
- große Unterschiede zwischen Männern und Frauen, z. B. Risikofaktoren für Erkrankungen, Aufnahme von Medikamenten, Wirkung von Genussmitteln
- selten geschlechtsspezifische medizinische Behandlungen, auch aufgrund des immer noch geringen Forschungsstand bezüglich Frauen (u. a. Medikamententests in der Regel an Männern)
- Frauen und Männer kommunizieren unterschiedlich über Beschwerden: misslungene Kommunikation zwischen Erkrankten und Behandelnden als Ursache für falsche Diagnosen
- Auswirkungen von Verhalten, Lebensstil und sozialen Rollen:
zunehmende Gleichstellung der Geschlechter → geringere Geschlechterunterschiede in der Lebenserwartung – ABER: geringe Gleichstellung der Geschlechter → niedrigere Lebenserwartung von Männern

Gefühl der Einsamkeit

- Einsamkeit: subjektives Fehlen von sozialen Kontakten und von Bezugspersonen
- kann in allen Altersspannen und Lebenslage auftreten, unabhängig von der tatsächlichen sozialen Eingebundenheit
- Risikofaktoren: geringe soziale Integration (keine Partnerschaft, kleineres Netzwerk), fehlende subjektive Gesundheit, niedriger Bildungsstand
- 15 % der Frauen ab 80 J. einsam, nur 7,4 % der Männer – Ursache: geringerer Anteil von Partnerschaften bei hochaltrigen Frauen

Quellen:

- Verfassung der WHO: https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1948/1015_1002_976/de
- Wassermann, Dirk (2020): Sozialmedizinische Grundlagen der Sozialen Arbeit. DIPLOMA-Studienheft 704
- Kolip, Petra et al. (2019): Gleichstellung der Geschlechter und Geschlechterunterschiede in der Lebenserwartung in Deutschland. URL: <https://www.springermedizin.de/gleichstellung-der-geschlechter-und-geschlechterunterschiede-in-16771138>
- Kaspar, Roman (2023): Einsamkeit in der Hochaltrigkeit. URL: https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-662-66630-2_5?utm_source=chatgpt.com

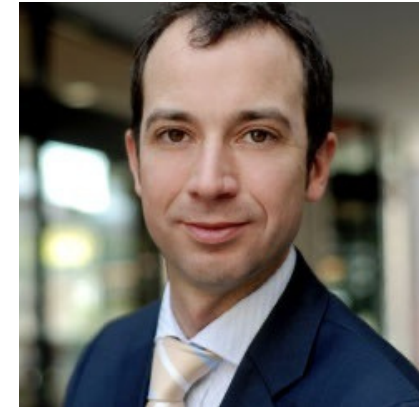
Kontakte



af@attilafloericke.de

036 201-593 757

www.attilafloericke.de



Attila Flöricke



info@ecomotio.de

0531 239 280-12

www.ecomotio.de



Sabine Neef



Dezentrale Netz für
gemeinschaftliches
Wohnen in Sachsen

Gemeinschaftlich

Wohnen

im Ländlichen Raum

Nur zu Dokumentationszwecken an die Teilnehmer der Veranstaltung am XX.XX

Nur zu Dokumentationszwecken an die Teilnehmenden der Veranstaltung „Ländliche Räume im Wandel: Impulse für eine sozial-ökologische Transformation“ in Weißenfels am 24.6.2025

Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

STAATSMINISTERIUM FÜR
INFRASTRUKTUR UND
LANDESENTWICKLUNG



Beispiele gemeinschaftlichen Wohnens



Generationenhof gGmbH

Lindennaundorf bei Markranstädt

Im Generationenhof, der als gemeinnützige GmbH organisiert ist, leben Menschen verschiedener Generationen, mit und ohne Unterstützungsbedarf zusammen.

Beispiele gemeinschaftlichen Wohnens



GrundGenug eG Regis-Breitungen

In einer leer stehenden Kita entstanden fünf Wohnungen für insgesamt 13 Erwachsene und Kinder durch die neu gegründete Wohnungsgenossenschaft GrundGenug eG.



Beispiele gemeinschaftlichen Wohnens



Kanthaus w.V.

Wurzen

In zwei benachbarten Stadthäusern lebt eine Gruppe nach ressourcenschonenden Kriterien:
Foodsharing, Repair-Cafe, Kleidertausch,
funktionales Wohnen...

Herausforderungen



- Demographischer Wandel
- Stadt-Land-Gefälle
- vorhandener Wohnraum passt nicht zu Bedarfen
- Ungleichheit in Lebens- und Einkommensverhältnissen
- klimatische Veränderungen und Handlungsbedarfe



Herausforderungen in Ballungsräumen



- > steigende Wohnkosten va. in Ballungsgebieten
 - Energiekosten werden auf die Mietenden umgelegt
- > Wohnungsmangel: es fehlt z.B. an
 - bezahlbaren Wohnungen für größere Familien
 - kleinen Wohnungen in Vororten bei Trennungen
- > Vergabe der Wohnungen nach Kriterien des freien Marktes
 - > bestimmte Personengruppen gehen leer aus
- > hohe Mieten bei Neuvermietung – Menschen bleiben in ihren Wohnungen, auch wenn diese zu groß sind

Lösungsansätze durch gemeinschaftliches Wohnen



dauerhaft sicherer und bezahlbarer Wohnraum

Gemeinsame Rechtsform und Selbstverwaltung

Gemeinsame Finanzierung:

Bezahlbarkeit: nachhaltig und stabil

Nach eigenen Bedarfen planen und bauen

Wohnungsgröße passend zur Lebensphase

Lösungsansätze durch gemeinschaftliches Wohnen



Gutes Wohnen für jede Lebensphase

Beitrag gegen Vereinsamung und soziale Isolation

Möglichkeit gegenseitiger Unterstützung
(Care-Arbeit bis Pflege)

Einbindung von Personengruppen mit
besonderen Unterstützungsbedarfen

Lösungsansätze durch gemeinschaftliches Wohnen



Ressourceneinsparung



Kleine Wohnung kombiniert mit
Gemeinschaftsräumen
Clusterwohnen, Schalträume

durch Tauschoption innerhalb des
Wohnprojektes – passende Wohnungsgröße
je nach Lebensphase

Geteilte Infrastruktur: von Werkzeug über
Waschmaschine bis Auto und Lastenrad

Lösungsansätze durch gemeinschaftliches Wohnen



Räume jenseits der Großstädte stärken



Gemeinschaftliche Orte bieten oft mehr als Wohnen und wirken in die Nachbarschaft

Etablierte Wohnprojekte sind gute Anknüpfungspunkte für weitere Akteure und Aktivitäten:

Zuzug, bzw. Leute werden gehalten

Lokale Kooperationen und Netzwerke

Beratungsbedarfe für gemeinschaftliches Wohnen

- Gründung einer Kerngruppe und Begleitung in dem Prozess der Gründung
- Wahl und Gründung der Rechtsform
- Finden einer geeigneten Immobilie
- Finanzierung
- Begleitung bei Planung, Ausbau und Sanierung
- Hilfe zur Selbsthilfe



Beratungsangebote für gemeinschaftliches Wohnen



Stiftung trias und Wohnprojekte-Portal

www.wohnprojekte-portal.de/

- > Veranstaltungen
- > Wissen
- > Beratung
- > Wohnprojekte-Portal



Beratungsangebote für gemeinschaftliches Wohnen



FORUM für gemeinschaftliches Wohnen

www.fgw-ev.de/

- > Projektbörse
- > Publikationen
- > WIN-Kompass

Beratungsangebote

Wissen

Übersicht Wohnprojekt-Börsen



FORUM

**Gemeinschaftliches Wohnen e.V.
Bundesvereinigung**

Sachsen – ein Überblick



Öffentlich geförderte Beratungsprogramme für gemeinschaftliches Wohnen in Sachsen

Landkreise: www.dezentrale-sachsen.de

Leipzig: www.netzwerk-leipziger-freiheit.de

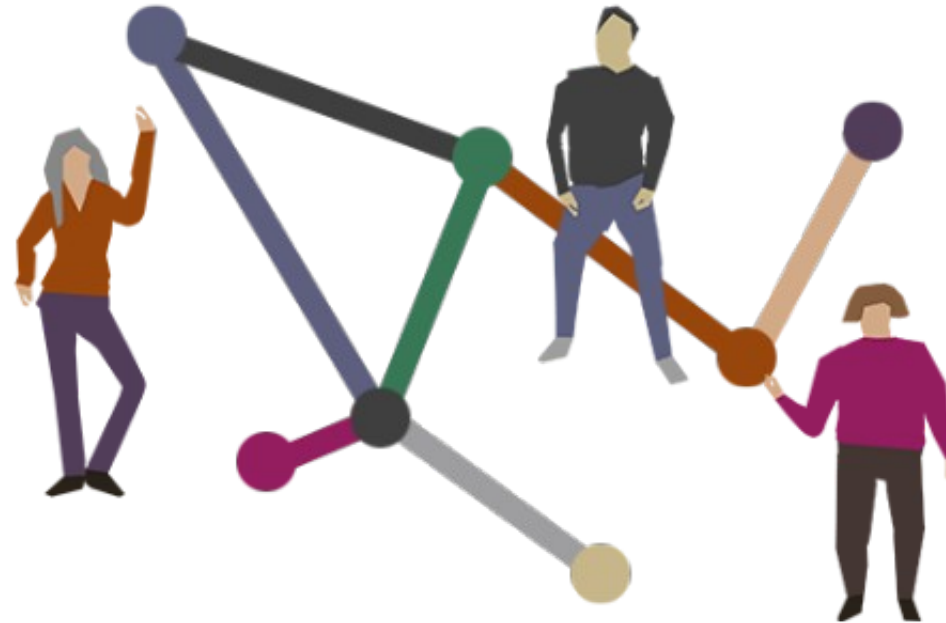
Chemnitz: www.kooperatives-wohnen-chemnitz.de

Görlitz: www.baulust-goerlitz.de



Anknüpfungspunkte für Gleichstellungsbeauftragte

Wo gibt es vor Ort Unstimmigkeiten beim Thema Wohnen?



Anknüpfungspunkte für Gleichstellungsbeauftragte



Personengruppen mit besonderen

Unterstützungsbedarfen:

- Alleinerziehende
- Ältere (insb. Frauen) 60+
- Wohn-Pflege-Formen
- Geflüchtete
- Behinderung in Familie (bei Kindern oder Eltern)



Anknüpfungspunkte für Gleichstellungsbeauftragte

Konzeptvergabe

Entscheidung nach gemeinwohlrelevante Kriterien bei der Auswahl geeigneter Nutzer*innen bzw. Käufer*innen

Zukunft statt Leerstand

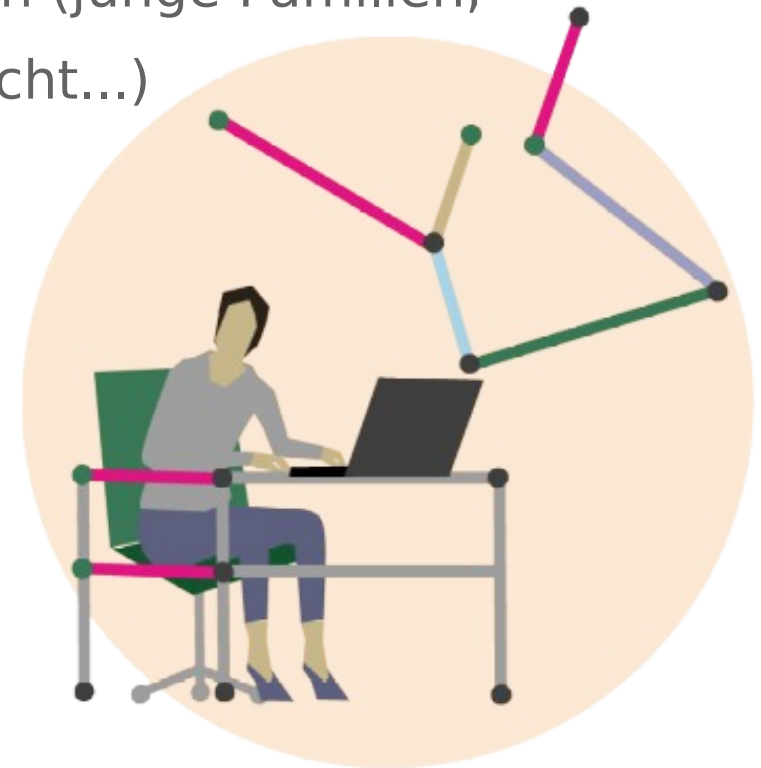


Anknüpfungspunkte für Gleichstellungsbeauftragte



Vermittlung von Häusern zum Verkauf über die Kommune

z.B. ältere Menschen verkaufen an jüngere Generation (junge Familien, Rückkehrer*innen, Modelle wie lebenslanges Wohnrecht...)



Anknüpfungspunkte für Gleichstellungsbeauftragte

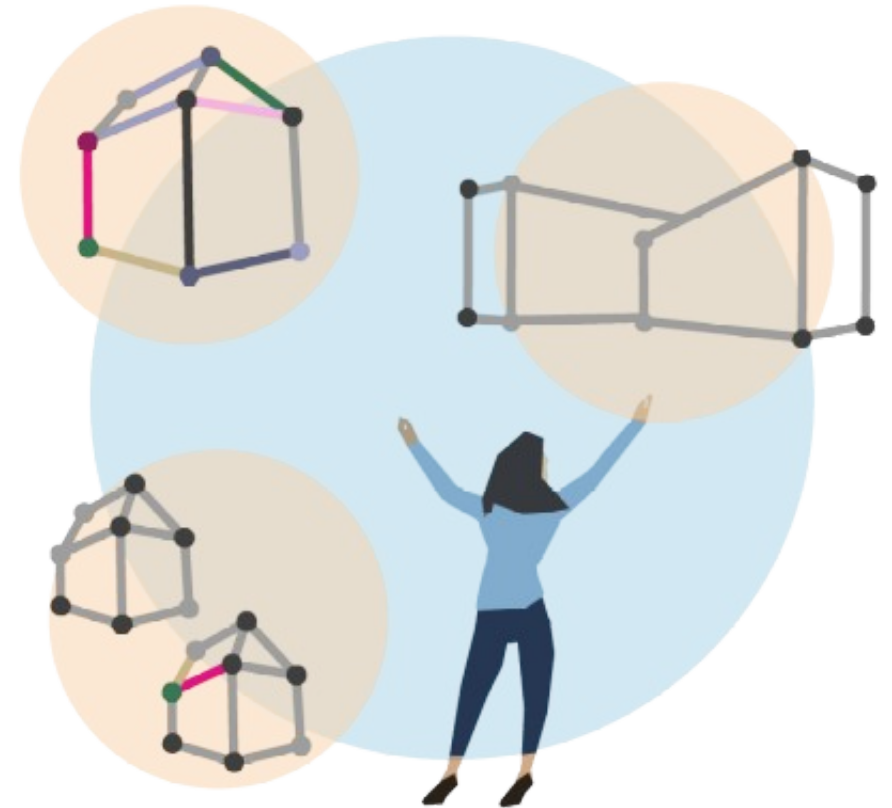


Aktivierung von ungenutztem Wohnraum im Einfamilienhaus

- Sensibilisierung für das Thema
- Beratung
- Individuallösungen für Einzeleigentümer*innen

Fazit:

- unzureichende Förderungen
- wenig Hebelwirkung



Anknüpfungspunkte für Gleichstellungsbeauftragte

Weitere denkbare Aktivitäten

- Bedarfe vor Ort ermitteln als Handlungsgrundlage
- Sensibilisierung für das Thema
- mögliche Kooperationspartner*innen vor Ort suchen
- Anregen zu passenden Förderungen





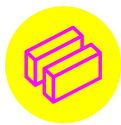
Dezentrale Netz für gemeinschaftliches Wohnen in Sachsen



Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage
des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

STAATSMINISTERIUM FÜR
INFRASTRUKTUR UND
LANDESENTWICKLUNG

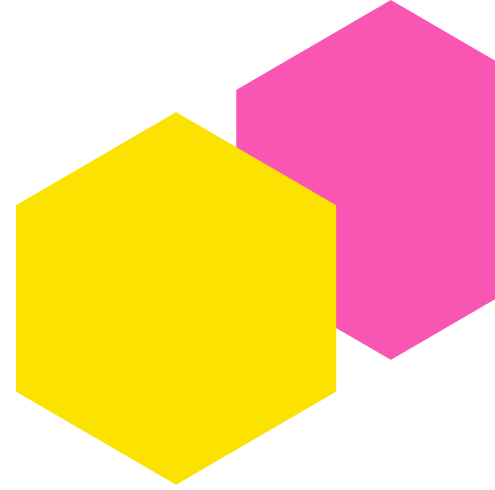




Bundesarbeitsgemeinschaft
kommunaler Frauenbüros & Gleichstellungsstellen

Vielen Dank an Lisa Mindthoff von
Wir sind Felle e.V. für das tolle
Vernetzungsangebot!





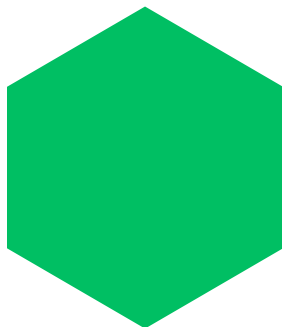
Katja Hofmann

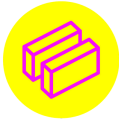
Tagungsmoderation

Geboren 1986 in Halle, aufgewachsen in Artern (Thüringen), lebt Katja Hofmann seit 2005 in Halle (Saale). Sie studierte Politikwissenschaft und Frankoromanistik und arbeitet als Head of Operations bei der Mrs.Sporty GmbH. Von 2013 bis 2018 war sie Teil des erfolgreichen Slam-Teams „Team MfG“. Seit 2017 ist sie zudem als freie Traurednerin tätig und gründete 2021 die Hochzeitsagentur „Jelängerjeliieber“.

Neben ihrer künstlerischen Tätigkeit ist Katja Hofmann auch eine erfahrene Moderatorin – sowohl bei Literaturveranstaltungen wie ihrer eigenen Reihe „Wörterspeise“ oder dem Bühnenformat „Poetinnen gegen Sängerinnen“, als auch bei politischen Diskussionen, Podien und diversen Kulturevents.

Als Moderatorin hat sie die Tagung an beiden Tagen mit Energie, Witz und Empathie begleitet und so wesentlich zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen. Ihre langjährige Erfahrung in der Veranstaltungsmoderation und ihr feines Gespür für Publikum und Atmosphäre machten sie zur idealen Gastgeberin auf der Bühne.





Weiterführende Links:

Der Vierte Gleichstellungsbericht:

https://www.gleichstellungsbericht.de/static/9c7e519125938b330630677d3ea161c0/GutachtenVierterGleichstellungsbericht_WEB_20250303_bf_V2.pdf

Expertisen zum Vierten Gleichstellungsbericht

Geschlechtergerechte Gestaltung eines Bundesmobilitätsgesetzes (BuMoG)

https://www.gleichstellungsbericht.de/static/344d2dfcd3c1aa79a9b0d9985b487186/Expertise_Bagge_BuMoG_20250401.pdf

Gesundheit und Geschlecht in der ökologischen Transformation Zur Situation in Deutschland

https://www.gleichstellungsbericht.de/static/15183cbccce04eb3faa2dcaa6d9bad9e/Expertise_Baltruks_GesundheitUndGeschlecht_20250313.pdf

Geschlechtergerechte Gestaltung von Energiewende und Klimaschutz im Bereich Wohnen und Mobilität

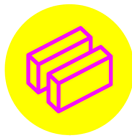
https://www.gleichstellungsbericht.de/static/914dc4de00e6917c0d8d7240d65233c2/Expertise_Kenkmann_GendergerechteEnergiewende_20240303.pdf

Weitere Expertisen zum Vierten Gleichstellungsbericht:

<https://www.gleichstellungsbericht.de/veroeffentlichungen>

Foliensätze zum Thema Gender und Mobilität

<https://www.fgsv.de/netzwerk/gremien/ag-1-verkehrsplanung/11-grundsatzfragen-der-verkehrsplanung/111-gender-und-mobilitaet>



Bundesarbeitsgemeinschaft
kommunaler Frauenbüros & Gleichstellungsstellen

Impressum

Herausgegeben von der
Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler
Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG)
2025

Kontakt

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG)
kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen
Weydingerstraße 14-16
10178 Berlin
Tel 030 - 240 09 812
bag@gleichberechtigt.org
www.gleichberechtigt.org

Die Zusammenstellung der Texte und Bildbeiträge sowie die Gesamtherstellung erfolgte mit der gebotenen Sorgfalt, jedoch ohne Gewähr.

Redaktion

Sira Eberlin, Referentin Ländliche Räume, BAG
Silke Tamm-Kanj, Bundessprecherin der BAG, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Würselen

Gestaltung

Sira Eberlin, Referentin Ländliche Räume BAG

Folgen Sie uns:

 [@gleichberechtigt](https://www.instagram.com/gleichberechtigt)
 Bundesarbeitsgemeinschaft
kommunaler Frauenbüros &
Gleichstellungsstellen

Bleiben Sie in Kontakt:

 kommunal@gleichberechtigt.org
 www.gleichberechtigt.org
Newsletter auf unserer Website abonnieren

Die Konferenz "Ländliche Räume im Wandel" und die Erstellung der Dokumentation wurden gefördert durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Dafür herzlichen Dank!

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend